

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

54 (4.3.1912) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk., vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 1 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G. E. & Co., Karlsruhe.
 Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Rabel; für den übrigen Anhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.
 Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Sieglar in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Geschäftsordnung.

Wenn die Geschäftsordnungskommission des Reichstags, die am Freitag zu einer ersten Sitzung zusammentrat, hält, was sie nach ihrem ersten Auftreten verspricht, dann wird binnen kürzester Zeit in der Art der Geschäftsführung der deutschen Volksvertretung ein tiefgreifender Wandel eintreten, der vielleicht auch nicht ohne bedeutende politische Folgen bleiben wird.

Geplant ist eine durchgängige Reform des parlamentarischen Hausgesetzes, aber bevor die vorgenommenen werden, sollen so rasch wie möglich die zwei wichtigsten Punkte erledigt werden: die Einführung einer Antragszeit und die Beschlußfassung über Interpellationen. Die erste der geplanten Neuerungen ist der englischen „question time“ nachgebildet. Zu Beginn der Sitzungen soll den Abgeordneten die Möglichkeit geboten sein, sich mit kurzen Anfragen an die Regierung zu wenden. Eine eigentliche Debatte findet nicht statt, Frage und Antwort spielt sich in der kurzen Form von Rede und Gegentrede ab. Dadurch wird es möglich, erstens einmal die Regierung in dringenden Fällen zu einer sofortigen Erklärung zu veranlassen, dann aber auch Fragen, die sonst auf dem ausführlich-umständlichen Weg der Interpellation behandelt werden müßten, in abgekürztem Verfahren zu erledigen.

Führt die kurze Anfrage nicht zum Ziel, dann bleibt dem Abgeordneten noch der Weg der Interpellation offen. Hier wird die entscheidende Neuerung geplant, zum Abschluß der Debatte eine Abstimmung über die etwa zum Gegenstande beantragten Resolutionen eintreten zu lassen. Der Reichstag wird dann also, im Gegensatz zu dem jetzigen Zustand, der ihm eine Beschlußfassung bei Interpellationen nicht gestattet, stets in der Lage sein, seine Meinung darüber auszusprechen, ob ihn die Antwort der Regierung befriedigt oder nicht.

Beiden Neuerungen wohnt die Tendenz inne, den Einfluß des Parlaments zu stärken, und man begreift daher, daß die äußerste Rechte das Ihre tut, um das Zustandekommen positiver Ergebnisse zu hintertreiben. Diesem obstruktivistischen Zweck diene der konservative Antrag, die Beratung der Reform gemäßlich beim § 1 der Geschäftsordnung zu beginnen und erst nach Erledigung des Ganzen mit der Kommissionsarbeit vor das Plenum zu treten. Die Kommission wählte den praktischeren Weg, zunächst das Wichtigste herauszugreifen und lehnte den konservativen Obstruktionsantrag ab, ebenso einen andern, der die Zuziehung eines Regierungsvertreters zu den Kommissionsberatungen forderte. Die Kommission stellte sich auf den selbstverständlichen Standpunkt, daß die Regelung der Geschäftsordnung eine innere Angelegenheit des Reichstags ist, die keinen Regierungsvertreter etwas angeht. In Regierungskreisen mag man allerdings der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit mit peinlich gespanntem Interesse entgegensehen, denn auch für die Regierung wird die geplante neue Ordnung der Dinge ihre Konsequenzen haben. Zunächst wird es für die Herren Regierungsvertreter nicht mehr möglich sein, sich nach der Art oder Unart, die bisher üblich war, sich im Reichstagsklammer zu machen, sie werden sich schon herbeibemühen müssen, um die an sie gestellten Fragen beantworten zu können. Des weiteren wird der Reichskanzler damit rechnen müssen, daß in Zukunft bei der Beratung von Interpellationen Beschlüsse gefaßt werden können, die ihm wenig gefallen. Theoretisch ist sogar der Fall möglich — wenig gefaßt. Theoretisch ist sogar der Fall möglich —

nach dem Wortlaut der Verfassung vom Willen des Parlaments nicht abhängig, doch kann seine Stellung nach innen und außen nicht verbessert werden, wenn die Welt erfährt, daß er das Vertrauen der Volksvertretung nicht genießt.

Auf der andern Seite wird vom Reichstag zu verlangen sein, daß er sich nicht damit begnügt, seine Meinungen auszusprechen, sondern daß er hinter seine einen festen Willen setzt. Der Reichstag hat es stets in der Hand, die Regierung zu größerer Rücksichtnahme auf seine Wünsche zu erziehen, indem er von seinem Bewilligungsrecht den entsprechenden Gebrauch macht. Eine gut gehandhabte Geschäftsordnung und der feste Voratz, in ihrem Geiste zu wirken, kann jedenfalls zur Stärkung des Parlaments mehr beitragen als ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das am Ende doch vielleicht ein Stück Papier bleibt.

Die blamierten Fuselbrenner.

Wir haben hier schon die Geuchelei gekennzeichnet, mit der der Abgeordnete Kreth im Verein der Spiritusfabrikanten die Branntweinliebeshabe als eine von den Großen Agrariern nur ungen und mit Widerstreben im Interesse der Kleinen süddeutschen Brennereien getragene Last hinstellte. Jetzt nimmt sich im „Berliner Tageblatt“ der feinsinnige Abgeordnete Dr. Wendorf die Ausführungen seines konservativen Kollegen vor. Da Wendorf selbst Gutsbesitzer ist, werden die Herren auf der Rechten ihm wohl das Sachverständnis nicht absprechen können.

Er bezeichnet es als richtig, daß die Liebeshabe vielfach in Süddeutschland erst die Möglichkeit geschaffen habe, Brennereibetriebe auf der Grundlage der Kartoffelsteingehauer zu errichten, daraus folge aber doch keineswegs, daß die Liebeshabe für den Osten ganz belanglos und wertlos sei.

Tatsächlich ist die Liebeshabe ein Geschenk für den innerhalb des Kontingents erzeugten niedriger verarbeiteten Alkohol, da der Verkaufspreis sich nach dem um 20 Mk. pro Hektoliter höher verarbeiteten bemißt, der Verkaufsgewinn somit für den kontingentierten Alkohol eben um diese Liebeshabe von 20 Mk. pro Hektoliter reiner Alkohol höher ist. Er ist aber um so größer, je größer die Brennerei ist, und damit für die östlichen Grobbrennereien erheblicher. Die Liebeshabe für die circa 6000 Brennereien mit 0,5 bis 1,0 Hektoliter Produktion beträgt im Durchschnitt noch nicht 15 Mk., im Höchstbetrage 20 Mk. für den Einzelbetrieb, für die 55 704 Brennereien unter 0,5 Hektoliter sogar nur 5,50 bis 6 Mk., während allein die vier größten östlichen Brennereien zusammen 631 000 Mk., also im Durchschnitt jede rund 157 800 Mk. beziehen.

Nun weiß man, warum Herr Kreth und seine Freunde ihre Klagen über die Last, die ihnen die Süddeutschen auferlegen, nicht durch die Veröffentlichung einer Riste der Liebeshabeneempfänger mit Angabe des auf den einzelnen entfallenden Betrags illustriert sehen wollen.

Ein weiterer Vorstoß der Scharfmacher.

Dem Beispiel der sächsischen Konservativen folgend hat nun auch die konservative Reichstagsfraktion einen Vorstoß gegen die um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfende Arbeiterklasse unternommen. Zum Etat des Innern, der noch etwa 14 Tage lang im Reichstagsrat zur Beratung steht, haben die Konservativen eine Resolution eingebracht, wonach der Reichstag beschließen möge:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bezw. des Reichsstrafgesetzes vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitwilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.“

Im Wesen deckt sich dieser Antrag mit dem von den Konservativen im sächsischen Landtag gestellten. Es ist die nackte Aufforderung an die Regierung, dem Reichstagsrat ein neues Zuchtstrafgesetz vorzulegen.

Es war einigermaßen auffallend, daß der wild gewordene konservative Buntler Pauli, als er am Mittwoch zum Reichstag des Innern sprach, mit keinem Wort auf sein sonstiges Lieblingsstigma, den „sozialdemokratischen Terrorismus“, einging. Offenbar bestand unter den Konservativen eine bestimmte Abmachung, denn der Scharfmacherantrag ging erst später zum Druck und wurde dann in später Abendstunden den Abgeordneten mitgeteilt. Bis zum Schluß der Reichstagsitzung am Mittwoch war ein weiterer konservativer Redner noch nicht zum Wort gemeldet. Es handelt sich also um einen wohl-ermögenden Plan. Das Vorgehen der sächsischen Konser-

ativen hat unter der sächsischen Arbeiterschaft eine lebhaft empörte Auslösung, die allem Anschein nach selbst das Interesse an der Schulvorlage zurückdrängen dürfte. Die neueste Aktion der Konservativen im Reich aber dürfte die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands auf die Schanzen treiben zur Verteidigung der höchst bedrohlichen Koalitionsfreiheit. Um den Schutz der Arbeitwilligen kann es sich nicht handeln, denn kein Mensch in Deutschland erträgt sich heute eines unbedingteren Schutzes als der Arbeitwilligen. Das Treiben der Hinzegebildeten ist dieserhalb auch meist so frech, so provozierend, daß es eher angezeigt wäre, einen Schutz vor Arbeitwilligen zu verlangen. Wenn die Scharfmacher „Post“, die Ausbrüche, die sie zur Zeit der Marokko-Affäre gegen den Kaiser gebracht hat, gegen Arbeitwillige anwenden wollte, dann würde sie rettungslos dem Staatsanwalt verfallen. Um wegen Majestätsbeleidigung verurteilt zu werden, muß die böse Absicht vorausgesetzt werden. Wegen Beleidigung Arbeitwilliger sind aber schon Arbeiter verurteilt worden, weil sie Arbeitwillige scharf angesehen haben. Sie wären vielleicht auch verurteilt worden, wenn sie die Arbeitwilligen nicht angesehen hätten; daraus hätte ein Gericht unter Umständen gefolgert, daß sie durch das Nicht-Ansehen ihre Verachtung zum Ausdruck bringen wollten.

Die Regierung heißt „Material“ für die Notwendigkeit des Schutzes der Arbeitwilligen, das Material haben ihr die Scharfmacher geliefert. Wir konnten vor einigen Wochen mitteilen, daß dieses Material wohlgeordnet in einer unter strengstem Verhluß gehaltenen Denkschrift niedergelegt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß den Konservativen dieses „Material“ zugänglich gemacht wurde und daß die konservative Resolution bestellte Arbeit ist. Die nächsten Stunden schon können Klarheit bringen, den Gütern des Materials muß nun aber klar und deutlich gesagt werden:

Heraus mit eurem Flederwisch!

Deutsche Politik.

Der Fürst gibt nach. Die Regierung in Lippe-Deimold teilte dem soeben zusammengetretenen Landtage mit, daß der Fürst mit einer stärkeren Belastung des fürstlichen Hausgutes, des sogenannten Domänenums, einverstanden ist. Der jährliche Zuschuß der fürstlichen Domänen zur Landeskasse soll 140 000 Mk. betragen. Der noch verbleibende Ueberschuß aus den Domänen-Einnahmen soll zwischen Land und Fürst zu gleichen Teilen geteilt werden. Dem Landtage wird ein gewisses Kontrollrecht über Einnahmen und Ausgaben zugesprochen. Als Gegenleistung soll das Gesetz aufgehoben werden, das die Domänen verpflichtet, 10 Prozent zu allen Ausgaben für Beamtenbesoldung beizutragen.

Im Rudolstädter Landtag wurde am Donnerstag in die Generaldiskussion über den von der Regierung vorgelegten Etat für 1912/13 und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetzesvorlagen eingetreten. Staatsminister v. d. Reck gab seiner Befriedigung über den finanziell günstigen Etatsabschluss Ausdruck. Beim neuen Einkommensteuergesetz sei jedoch eine Befreiung der Einnahmen unter 700 Mk. nicht möglich, da mehr als die Hälfte aller Steuerzahler unter 700 Mk. eingeschätzt sind. Die Realsteuern könnten nicht abgeschafft werden, da der finanzielle Ausfall zu groß sei. Die Vermögenssteuer würde kaum 100 000 Mark bringen, deshalb habe man von ihrer Einbringung abgesehen und eine Kapitalrentensteuer vorgeschlagen. Die Grund- und Gebäudesteuer müsse gesetzlich festgelegt werden, dann sei die Regierung einer Erleichterung nicht abgeneigt. Die vorgesehene achtprozentige Lohnerhöhung an alle Beamte sei bedingt durch die Steigerung aller Lebensbedürfnisse. Im kommenden Winter soll ein neues Besoldungsgesetz vorgelegt werden für die Geistlichen und Lehrer. Eine Trennung von Kirche und Staat könne die Regierung nicht zugeben. Was das Wahlgesetz der Höchstbesteuerten anbelange, so sei eine Erweiterung von Privilegien nicht beabsichtigt. Der Minister sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß es zu einer Verständigung zwischen Landtag und Regierung kommen möge.

Namens unserer Fraktion sprach Genosse Sartmann. Seine Rede war eine eindrucksvolle Kritik der Regierungsvorlagen, und lebhaft trat er für die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Forderungen ein. Die von der Regierung vorgeschlagene Beamtengehälterhöhung müsse eine andere Regelung erfahren. Den Zuschuß von 18 000 Mk. für die Geistlichen lehnen wir ab, dagegen sind die Zulagen auf Forst- und Waldarbeiter auszuweihen. Das neue Volksschulgesetz begrüßen wir als einen Fortschritt, obwohl es noch einiger Verbesserungen bedarf. Die Realsteuern müssen nach und nach abgeschafft und beim Zustandekommen des neuen Besoldungsgesetzes darauf gesehen werden, daß die Zahl der Beamten auf

sthalle
 Karlsruhe
 Festsaal
 März, abends 8 Uhr
 halbes Gastspiel
 Sorma
 Ensemble des Staatstheater
 Die
 Sings-
 wester
 4 Aufzügen von
 wig Fulda.
 Sorma als Gast
 Plätze von 1 Mk.
 6 Mk.
 Hofmusikalienhandl.
 Karstrasse 114, 70
 5658

eklich
 ges, jugendbräutlich
 einer, zarter, schöner
 es erzeugt die edle
 Mienmilchseife
 n & Co. Baden
 Pf. fernier macht die
 Cream Dab
 Haut in einer Hand
 weich. Tuben 50 g
 drog. Herrentz. 20
 5, Malienstr. 19
 Werderstr. 27
 Karlsruh. 74
 Wilhelmstr. 20
 Kurbenstr. 17
 Neu Apotheken
 Strauß-Projekt

ola“
 schenschaft Karls-
 warenhandl.
 n. B. S. 2675
 brenn Mitglieder
 je und Vuhler's
 rakt „Famos“
 n für nützliche und
 e Zugaben.
 's Seife
 ein, daher sparsam
 Verbrauch.
 's Wasch-
 „Famos“
 bt und erschließt
 Fabrikanten:
 e & Vuhler
 nd Hlgerinstraße
 am Rhein.

-Bejen
 geführt. —
 weiß emailliert.
 Fabrikat.
 im Betrieb zu
 en.
 bratet tadellos,
 abung, billiger
 and.
 Wefichtigung —
 er gebenst ein
 gewinnste Aus-
 st.
 5871

Marx
 haltungartikel
 4, Luisenstr. 45
 8088.

en
 5876

on

SSB.

äußerste beschränkt und gute Leistung garantiert wird. Die Kürzung der Kameralrente um 32 000 Mk. ist eine ernste Forderung unserer Fraktion. Der Wahlrechtsentwurf der Höchstbesteuerten ist für uns unannehmbar, weil das Höchstbesteuertenwahlrecht überhaupt ein Privilegium ist. Unser Redner schließt: „Wir hätten kraft unserer Majorität alle Anträge durchdrücken können, tun dies aber nicht, sondern sind bestrebt, Ihnen zu zeigen, daß wir praktische Arbeit leisten können. An uns soll eine Verständigung nicht scheitern, doch muß die zukünftige Politik sich in der Richtung bewegen, die unsere Anträge zeigen. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, es liegt an der Regierung und den bürgerlichen Abgeordneten, ob der seit Jahren dauernde Streit fortbestehen soll, oder ob ein gezieltes Zusammenarbeiten möglich ist.“

Nachdem der Agrarier Kirschen und der National-liberale Crosse ihren prinzipiellen Standpunkt dargelegt und zwei Staatsräte gegen unseren Genossen polemisiert hatten, wurden in später Abendstunde die Verhandlungen abgebrochen.

Aus dem bayerischen Landtage. Die Zentrumsfraktion gebraucht ihre Macht in ausgiebigster Weise. Der Abg. Pichler, einer derjenigen, die für den Konflikt, der zur Auflösung des Landtages führte, mit verantwortlich sind, wurde zum Bundespräsidenten gewählt, und er erhielt nebenbei das Referat über den Kultusetat. Er hat so den politischen einflussreichsten und wichtigsten Kammerposten in der Hand. Das Eisenbahnreferat bekam der Abg. Geld, der in der Konfliktperiode die Minister mit groben Schimpfreden bedachte. Die liberale Fraktion lehnte es ab, mit dem Zentrum gemeinsam die Geburtstagsfeier des Prinzregenten zu begehen; sie wird eine eigene Feier veranstalten.

Ueber den Konflikt in Elsaß-Lothringen erklärt die Scherpreffe aus „unterrichteten Kreisen“, daß die elsäss-lothringische Regierung ihr möglichstes tun wird, den von der Budgetkommission des Reichstages gefassten Beschluß, den Gnadenfonds des Kaisers zu streichen, im Plenum nicht durchzuführen zu lassen. Falls die Regierung dies nicht erreichen sollte, wäre es nicht ausgeschlossen, daß es, da die Liberalen für die Beibehaltung des Fonds waren, und diese Partei mit den Konservativen die Mehrheit gegenüber dem Zentrum in der ersten Kammer bildet, zu einem Konflikt zwischen erster und zweiter Kammer kommt.

Das kommende Reichstheatergesetz. Die Ankündigung von der bevorstehenden Vorlage eines Reichstheatergesetzes an den Reichstag dürfte verfrüht sein. Wie die „Deutsche Nachrichten“ erfahren haben wollen, werden in der nächsten Zeit noch einmal Interessenten und Sachverständige vernommen, sodaß also noch eine geraume Zeit vergehen kann, bis der Entwurf fertiggestellt ist.

Der ausgespiffene Minister. In einer von der volkswirtschaftlichen Gesellschaft und dem sozialwissenschaftlichen Verein der Universität München einberufenen Versammlung hielt Universitätsprofessor Brentano einen Vortrag über „Das ewige Problem der Arbeitswilligen“. Der Veranstaltung wohnten auch Prinz Ludwig und der neue Minister des Innern v. Soden bei. Brentano erklärte, daß § 152 Abs. 1 der Gewerbeordnung durch den Absatz 2 dieses Paragraphen unwirksam gemacht werde; das sei eine merkwürdige juristische Anomalie. Die ärgste Anomalie sei aber der § 153 der Gewerbeordnung, der etwas mit Strafe bedroht, was bei anderen Gesellschaftsklassen straflos sei. Der Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen gehe überhaupt nicht von den Arbeitern aus, sondern von denen, die nach der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises schreien, die unter Konventionalstrafe sich verpflichten, nicht die Löhne zu erhöhen, und die durch den Import ausländischer billiger Arbeitskräfte die nationale Arbeit gefährden. Brentano verlangt als einzig mögliche Lösung der Arbeitswilligenfrage die Streichung des Absatzes 2 des § 153, d. h. es sollten die Tarifverträge für alle dem betreffenden Gewerbe Angehörigen rechtsverbindlich gemacht werden.

Der ultramontane Minister des Innern, Freiherr v. Soden, bedauerte in der Diskussion, daß der Ministerpräsident v. Hertling nicht da sei, er selbst verstehe von der

Sache nichts. Soden wandte sich dann gegen die „Kathedersweisheit“ Brentanos, die der Praxis entgegenstehe. Der Verein für exakte Wissenschaft sei eigens gegen Brentano gegründet worden. Die Aufhebung des § 152 Absatz 2 helfe nichts. — Der Minister v. Soden wurde von allen Zuhörern kräftig ausgepöffelt. Brentano führte in seiner Erwiderung in humorvoller Weise ab und bemerkte, wenn Hertling anwesend gewesen wäre, hätte er ihn (Brentano) gegen Soden verteidigt.

Ausland.

England.

Ein offener Brief an die Soldaten. Du sollst nicht töten! Vor dem Richter in Aldershot, wo sich ein stehendes Heerlager befindet, stand ein Mann unter der Anklage, Soldaten zu hochverräterischem Verhalten aufgefordert zu haben. Der Richter eröffnete das Hauptverfahren, lehnte seinen Antrag auf Freilassung gegen Kaution ab und ordnete Erhebungen über sein Vorleben an. Es soll ein Eisenbahnarbeiter aus London sein. In der Schrift, die ohne Angabe des Druckers hergestellt ist, heißt es: „Ihr seid Arbeiterlöhne. Wenn wir in Streit treten, um unser Los zu verbessern, das auch das Los eurer Eltern und Geschwister ist, werdet ihr von euren Offizieren aufgefordert, uns zu ermorden. Tut es nicht! Wenn ihr das tun wollt, so werdet ihr Bürger werdet, könnt ihr wie wir in Streit treten und dann wie wir der Ermordung durch andere Soldaten ausgesetzt sein, tut es nicht! Du sollst nicht töten! Spricht die Bibel. Vergiß es nicht. Es wird geagt, daß die Soldaten das Heer der Zerstörung darstellen, während die Arbeiter das Heer des Schaffens bilden. „Ihr wie wir gehört zur Sklavenklasse. Wenn wir uns erheben, erhebt auch ihr euch. Fallen wir, selbst durch eure Kugeln, so fällt ihr mit uns. England mit seinen fruchtbaren Tälern, seinen Mineralreichen, seinen Seeerträgen ist unser Erbe. Ihr werdet aus Armut Soldaten. Wir verrichten lange Stunden harter Arbeit zu niederem Lohn wegen unserer Armut. Eure und unsere Armut kommt daher, daß England mit seinen Reichthümern einer kleinen Zahl Menschen gehört. Diese wenigen Herren Englands sind Herren unserer Arbeit und Herren unseres Lebens. Kameraden, haben wir euch vergebens angerufen? Denkt nach und weigert euch, furchterlich eure Brüder zu mordet! Helft uns, England wieder für die Engländer, die Welt wieder für die Arbeiter zu gewinnen!“

Es ist kein Zweifel, daß der Mann, der diese christlichen Lehren an christliche Soldaten verbreitet hat, von einem christlichen Gericht mit schwerer Strafe belegt werden wird. Darum leben wir in christlichen Staaten. Und die frommsten Christen sind die, deren Dasein und Leben die ununterbrochene Verneinung der christlichen Lehre bedeutet.

Badische Politik.

Ministerialerlaß.

Nach einem Erlaß des Groß- Ministeriums des Groß- Hauses, der Justiz und des Auswärtigen werden die Staatsanwaltschaften angewiesen, von der Erhebung der öffentlichen Klage und vom Ausgang des Strafverfahrens gegen Unternehmer, Vorleser und Lehrer einer nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalt sowie gegen Personen, die gewerbsmäßig Privatunterricht in den Lehrgegenständen öffentlicher Bildungsanstalten an minderjährige Personen erteilen, dem Ministerium des Kultus und Unterrichts Nachricht zu geben.

Staatsaufsicht über die Neben- und Kleinbahnen.

Die Nummer 4 des Verordnungsblattes der Gr. Generaldirektion der Staatseisenbahnen enthält einen Artikel betr. die Ausübung der Staatsaufsicht über die nicht vom Staate selbst betriebenen Neben- und Kleinbahnen. In dem Artikel wird verfügt, daß mit Wirkung vom 1. April 1912 die unmittelbare Ausübung der Staatsaufsicht über die nicht vom Staat selbst betriebenen Neben- und Kleinbahnen, soweit sie nach den bestehenden gesetzlichen und konzessionsmäßigen Bestimmungen dem Gr. Finanzmini-

sterium oder den von diesem bestellten Organen zusteht, der Gr. Generaldirektion der Staatseisenbahn unter der Oberaufsicht des Ministeriums übertragen wird.

Ausgenommen sind folgende Angelegenheiten, für die auch künftig die Genehmigung des Finanzministeriums einzuholen ist: a) Die Festsetzung der Bahnhöfe, Bestimmung der Zahl und Lage der Stationen und Haltepunkte, sowie die Bestimmung von deren Abfertigungsbefugnissen; b) Festsetzung des für den event. Mißlauf der Bahn durch den Staat zu Grunde legenden Anlagekapitals; c) Festsetzung der Ordnungen für die Bildung von Erneuerungs- und Reservefonds; d) Erkennung von Ordnungsstrafen gegen die Bahnunternehmer oder ihre Vertreter; e) Veräußerung, Verpfändung oder sonstige Belastung der Bahnanlagen sowie Ueberlassung des Betriebs an einen Dritten.

Vertrauensbruch und Terrorismus im Zentrum.

Das Zentrum ist bei der Behandlung der liberalen Wahlangelegenheit im Konstanzer Kreis wieder einmal auf die ganze Tiefe seiner politischen Amoral hinuntergestiegen. Einmal begehrt es einen offenfundigen Vertrauensbruch, indem es seiner badischen Presse aus den Wahlprotokollen, die an den Reichstag gegangen sind, schon jetzt, also lange bevor die Verhandlung an der zuständigen Stelle begonnen hat, Auszüge veröffentlicht, und dann unternimmt es zweitens einen offen fundigen Einschüchterungsversuch dadurch, daß es in seinen unzulässigen Veröffentlichungen die Namen aller derjenigen aufführt, die im liberalen Wahlprotokoll Befundungen gegen das Zentrum gemacht haben. Die Absicht, die dabei verfolgt wird, liegt klar zutage. Bietet sich doch durch die Veröffentlichung die erminschte Gelegenheit, die angeführten Zeugen zu beeinflussen, abzusprechen und einzuschüchtern, namentlich selbständige Geschäftsleute öffentlich an den Pranger zu stellen und damit geschäftlich zu schädigen, sodaß, wenn hinterher den privaten Feststellungen der Protokollträger die amtlichen durch die Verwaltungsbehörden folgen, die ursprünglichen Zeugen „umfallen“, d. h. nicht mehr zu ihren ersten Angaben stehen, und der Wahlprotokoll dadurch wertvoller Stützen beraubt wird.

Das Tollste an der Sache ist, daß jetzt der Vorsitzende des Zentrumswahlkomitees im 1. Kreis, Rechtsanwält Dr. Baur-Konstanz mit folgender öffentlicher Anfrage an den Verfasser des liberalen Wahlprotokolls, Parteisekretär Thorbecke-Karlsruhe, herantritt:

„Sie haben in Ihrem Wahlprotokoll vom 14. Februar 1912 einer ganzen Reihe ehrenwerter Männer des 1. Wahlkreises ehrenrührige Handlungen nachgesagt. Verschiedene der von Ihnen angerufenen Zeugen haben bereits die Urheberschaft und jegliche Beziehung zu den beleidigenden Behauptungen abgelehnt. Ich frage Sie an, ob Sie bereit sind, entweder die wirklichen Urheber der Beleidigungen zu benennen oder selbst persönlich die volle strafrechtliche Verantwortung dafür zu übernehmen.“

Der Zwed — und wohl auch der Erfolg — dieser Herausforderung ist natürlich die Einschüchterung der liberalen Gewährsmänner, denen man in knipelloser Weise Strafflagen in Aussicht stellt, wenn sie sich unterfangen sollten, im Falle der behördlichen Einberufung wirklich bei ihren Aussagen zu bleiben. Dies schwarze System ist schon ausgedacht, aber moralisch ebenso verwerflich. Beim Zentrum heißt der „gute“ parteiorganisatorische Zwed eben selbst die unsaubersten Mittel.

Fischer in Berlin.

Im zentriemlichen „Billinger Volksblatt“ ist folgendes zu lesen:

„Billingen, 26. Febr. In Nabobzell fand gestern eine große Zentrumsversammlung statt, in der Herr Abg. Diez über seine ersten Eindrücke in Berlin sprach. U. a. schilderte er auch die Eröffnungsfeierlichkeit. Daß er dabei auch auf unseren Abg. Duffner zu sprechen kam, interessiert wohl auch unsere Leser. Er sagte: In Berlin betrachtete man den Abg. Duffner, der als Reserveleutnant eine bayerische Jäger-Uniform trug, wie ein Wunderkind; also gibts auch für Berlin noch Neugierigen!“

Andreas Vöst.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

66

(Fortsetzung.)

Baustätter stand mit blühenden Augen vor Sylbester und erhob seine Stimme zum Schreien.

„Sie kommen dahergeschneit, schnappen etwas auf und erschrecken sich.“

„Gerr Pfarrer!“

„Natürlich, erschrecken sich, gegen mich zu hezen. Aber wenn Sie es noch so heimlich machen, ich erfahre es doch! Ich weiß alles.“

„Sie wissen gar nichts.“

Sylbester sagte das in so hartem Tone, daß Baustätter einen Augenblick inne hielt.

„Sie wollen es leugnen?“ fragte er.

„Ich sage Ihnen noch einmal, ich habe nichts zu leugnen. Sie könnten sich genauer erkundigen, bevor sie mir Grobheiten machen.“

„Ich mache Ihnen keine Grobheiten.“

„Sie haben mir Frechheit vorgeworfen.“

„Ich sagte nur, es wäre frech, wenn Sie behaupten, daß ich dem Schuller unrecht getan habe.“

„Ich habe mich gewundert, daß man solche Anklagen gegen ihn erhebt, und.“

„Sie haben sich gewundert, und Sie haben es jedem gesagt oder überall durchblicken lassen, daß Sie es für unwahr halten.“

„Darf ich ausreden, Herr Pfarrer?“

„Nein. Schweigen Sie!“ schrie Baustätter. „Ohne Beweis fallen Sie über mich her! Natürlich, mir ich bin schuld. Ich habe Anklage erhoben gegen den braven Schuller! Was wissen Sie davon? Wer hat ihn angeklagt? Da! Da ist der Ankläger!“

Baustätter öffnete mit einer heftigen Bewegung das Ault und warf ein Blatt Papier vor Sylbester auf den

Tisch. „Da ist der Ankläger! Ihr verehrter Herr Pfarrer! Wollen Sie den auch verdächtigen?“

Sylbester nahm das Blatt langsam auf. Er las die ersten Worte mit Wiberstreben. Dann las er die Schrift hastig durch und las sie wieder.

„Wollen Sie jetzt noch bei den Reuten herumzählen, daß dem Schuller unrecht geschähen ist?“

Sylbester antwortete dem Pfarrer nicht. Er fragte mit erzwingener Ruhe:

„Von wem haben Sie den Zettel?“

„Im Kirchenbuch war er.“

„Legen Sie ihn nicht mehr hinein, Herr Pfarrer.“

„Was soll das heißen?“

„Der Zettel ist falsch! Die Schrift ist gefälscht!“

„Sie wagen, mir das vorzuwerfen?“

„Das ist nicht die Schrift des Herrn Geld!“

„Geben Sie das Blatt her! Sofort geben Sie es mir!“

Sylbester legte es auf den Tisch, und Baustätter riß es ungestüm an sich. Er freischte, daß ihm die Stimme über-

schlug.

„Sie setzen Ihrer Frechheit die Krone auf! Ich will sehen, ob Sie mich einen Fälscher heißen dürfen!“

„Das habe ich nicht getan.“

„Lügen Sie nicht!“

„Ich habe gesagt, daß die Schrift gefälscht ist. Und das kann ich beweisen!“

„Sie wollen es wieder herumdrehen! Das will ich sehen!“

Sylbester nahm seinen Hut und ging ohne Gruß aus dem Zimmer. Als er den Pfarrhof verlassen hatte, regte sich erst sein Horn über den Auftritt. Er war nicht zufrieden mit sich. Warum hatte er nicht schärfer geantwortet auf die Beschimpfungen? Er hätte wenigstens sagen können, daß diese sinnlose Wut verdächtig sei.

Wenn der Pfarrer den Zettel wirklich gefunden habe, könne es ihm nur recht sein, daß die Fälschung entdeckt wurde, daß man das Unrecht wieder gut machen konnte. Und wie plump das gefälscht war!

Im Texte war die Schrift nicht einmal nachgemacht; nur der Namenszug war ähnlich. Daneben war das Siegel

aufgedrückt, als wenn so etwas eine amtliche Bestätigung sein könnte.

Sylbester blieb stehen. Das war ihm nicht gleich eingefallen, das Siegel war ja ein Beweis, daß der Pfarrer den Zettel gefälscht hatte!

Wer hätte sonst das Amtssiegel benutzen können? Er ging wieder rasch vorwärts. Was sollte er jetzt tun? Die Wahrheit mußte heraus und war es nur dem alten Herrn zuliebe.

Zum Lehrer gehen und ihn um Rat fragen? Der würde nur abmahnen und den lieben Frieden predigen. Und bitten, daß man ihn aus dem Spiele lasse.

Oder die Mutter ins Vertrauen ziehen? Sie würde sich ängstigen.

Das einfachste war, es dem zu sagen, der ein Recht auf die Wahrheit hatte.

Und ja, das wollte er tun.

Sylbester eilte durch das Dorf und kam erblitz in den Schullerhof. Die Bäuerin stand unter der Tür.

„Ist der Schuller daheim?“

„In der Stub'n hocht er. Aber sagen S' no mir an Grüß Good, Herr Mang!“

„Ja, ja! Ich hab' jetzt keine Zeit.“

„Wo brennt's denn?“

Sie erhielt keine Antwort; Sylbester war schon in der Stube. Der Schuller schaute über seine Zeitung weg auf den Eintretenden.

„Was geit's?“ fragte er kurz.

„Ich muß Ihnen was Wichtiges sagen.“

„Was nacha?“

„Ich hab' den Zettel gesehen, wegen dem Sie so viel Verdruß gehabt haben.“

„So?“

„Der Herr Pfarrer hat ihn selber hergezeigt.“

„Dös is nix Sonderbar's. Der hat'n scho viel Leut' soagt. Bloß mir net.“

„Der Zettel is falsch, Schuller.“

„Dös woak nemand besser, wie 'r i, daß dös verlog'n is.“

„Verstecken Sie mich recht! Die Schrift ist gefälscht.“

Das ist noch gar nichts. Aber wenn der Herr Abgeordnete Diez erst in der Uniform seines Ludwigsburger Trainbataillons in Berlin herumgelaufen wäre, da hätten die Berliner erst geguckt.

Der Vorschlag des Eisenbahnbaues für 1912/13.

Der dem Landtag vorgelegte Vorschlag des Eisenbahnbaues für die Jahre 1912 und 1913 sieht vor: in Ausgaben: A. Badische Staatseisenbahnen: Neue Bahnen 5 519 900 M.; Bestehende Bahnen 4 205 000 M.; Stationen 41 005 600 M.; Betriebsmittel 13 545 000 M.; zusammen 64 275 500 M.; B. Main-Neckarbahn: 2 856 900 M.; Gesamtausgaben 67 132 400 M.; an Einnahmen 3 582 483 M.; das ergibt eine Mehrausgabe von 63 549 917 M.

An neuen Bahnen bringt das Baubudget: Wertheim-Miltenberg 330 000 M., Tauberbischofsheim-Königsheim 909 000 M., Wallbüren-Gardheim 355 900 M., Weisenbach-Raumünzach 1 800 000 M., Weiterführung der Rendentalbahn bis Griesbach 10 000 M., Verbindungsbahn Offenburg-Regelsburt 500 000 M., Titisee-St. Blasien 500 000 M., Singen-Beuren 1 115 000 M.

Bei diesen Anforderungen handelt es sich durchweg um Teilforderungen.

Im Vorschlag 1908/09 waren zur Beschaffung von Lokomotiven 4 127 000 M. bewilligt worden. Es wurden jedoch 1 199 650 M. weniger verwendet. Zur Beschaffung von noch rückständigen 5 Güterzugs- und 5 Personenzuglokomotiven werden jetzt im Vorschlag des Eisenbahnbaues für die Jahre 1912 und 1913 1 020 000 M. neu angefordert. Für 1912 werden dann ferner gefordert 37 Lokomotiven mit einem Aufwand von zusammen 4 428 000 M. Nach dem Vorschlag für 1910/11 sind zur Beschaffung im Jahre 1912 vorgezogen 16 Lokomotiven in Höhe von zusammen 1 868 800 M. Bis anfangs Oktober 1911 wurden 12 Personenzuglokomotiven drei Sechsfel gekuppelt Gattung IV mit einem Kostenaufwand von 1 536 000 M. vergeben. Entsprechend dem Erfordernis, die schonen Schnellzüge auf den Strecken Mannheim-Heidelberg-Basel, Offenburg-Konstanz und Karlsruhe-Stuttgart mit schweren Lokomotiven zu führen, wurden statt der ursprünglich in Aussicht genommenen drei Fünffel gekuppelten Maschinen die schwereren und leistungsfähigeren drei Sechsfel gekuppelten Lokomotiven (Gattung IV) gewählt. Außerdem sollen noch 4 Güterzuglokomotiven vier Fünffel gekuppelten mit Schlepptender zur Lieferung im Jahre 1912 vergeben werden. Für das Jahr 1913 sind zur Beschaffung in Aussicht genommen 8 Personenzuglokomotiven, 5 Tenderlokomotiven und 8 Güterzuglokomotiven, zusammen 21 Maschinen mit einem Aufwand von 2 425 500 M. Um der noch nicht vorauszu- sehenden Verkehrsteigerung in jeder Hinsicht Rechnung tragen zu können, soll indessen vorbehalten bleiben, innerhalb der angegebenen Gesamtsumme und Stückzahl auch andere Lokomotiven beschaffen zu dürfen.

Denkschrift über die Tilgung der Eisenbahnschuld und die Tilgung eines Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgungskasse.

Die Regierung hat dem Landtag und zwar zunächst der 2. Kammer eine Denkschrift über die Tilgung der Eisenbahnschuld und die Bildung eines Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgungskasse zugehen lassen. Das Finanzministerium hat für die Tilgung der Eisenbahnschuld und für die Bildung eines rechnerischen Ausgleichsfonds folgende Grundsätze aufgestellt:

Es wird vorgeschlagen, bezüglich der Tilgung der Eisenbahnschuld und der Bildung eines rechnerischen Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgungskasse für die Zeit vom 1. Januar 1911 bis zum 31. Dezember 1919, wie folgt zu verfahren:

1. An der Eisenbahnschuld sollen in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1919 jährlich 1 1/2 vom Hundert des Betrags, den die verzinssliche Gesamtsumme vom 1. Januar des betreffenden Jahres erreicht hat, getilgt werden. Unter Tilgung wird hierbei im Gegenatz zur Rückzahlung der Schuldverdreihungen die

tatsächliche Minderung der Schuld verstanden; es dürfen also zu dieser Tilgung Anleihemittel nicht verwendet werden.

2. Es wird ein rechnerischer Ausgleichsfonds gebildet, dem als Einnahmen zugeschrieben werden: a) die ständige Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse, soweit sie die Ausgaben der Kasse für die Verwaltungskosten und für die Verzinsung der Anleihen sowie für die Tilgung der Schuld nach Ziffer 1 übersteigt; b) der an die Eisenbahnschuldentilgungskasse geleistete Zuschuß aus der allgemeinen Staatskasse. — An dem Ausgleichsfonds wird abgeschrieben der Betrag, um den die ständige Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse hinter den vorstehend unter a) bezeichneten Ausgaben zurückbleibt.

3. Der Zuschuß, der aus der allgemeinen Staatskasse an die Eisenbahnschuldentilgungskasse geleistet werden soll, wird für die Jahre 1912 bis 1919 auf je 1,5 Millionen Mark einschließlich des Ertrages für den Wegfall des früheren Anteils an den Ueberhörschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung festgesetzt. Er ist entsprechend zu erhöhen, wenn die in dem Ausgleichsfonds gutgeschriebenen Beträge für die nach Ziffer 1 rechnerisch durchzuführende Schuldentilgung nicht ausreichen. Eine solche Erhöhung soll schon eintreten, wenn nach Lage der Verhältnisse eine Erschöpfung des Ausgleichsfonds in naher Aussicht steht.

4. Wenn der rechnerische Ausgleichsfonds den Betrag von 2 Millionen Mark erreicht hat, ist der Staatszuschuß von 1 1/2 Millionen Mark so lange ganz zurückzubehalten, als der Ausgleichsfonds auf diesem Bestande beharrt; er ist aber wieder in vollem oder entsprechend ermäßigten Betrage zu gewähren, sobald der Ausgleichsfonds unter den Betrag von 2 Millionen Mark herabsinkt.

5. Wenn der rechnerische Ausgleichsfonds über den Betrag von 2 Millionen Mark anwächst, ist der Mehrbetrag zur Verstärkung der in Ziffer 1 festgesetzten Tilgung zu verwenden.

Eisenbahnwünsche.

Der Wunsch nach dem Ausbau der Elztalbahn kam in einer hier abgehaltenen, von Gemeinderat und Gewerbeverein einberufenen Versammlung, welcher Vertretungen der verschiedenen Gemeinden, des Freiburger Stadtrats und der Freiburger Handelskammer am 20. März, zu sehr kräftigen Ausdrücken. Nach einem entsprechenden Vortrag des Handelskammersekretärs Schlang von Freiburg wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher es u. a. heißt: Die Versammlung trägt sich auf den endgültig gefassten Beschluß der Zweiten badischen Kammer vom 13. August 1908, wonach die Fortführung der bestehenden Linie als ernsthafter Bestandteil des zukünftigen Eisenbahnprogramms angehen und demgemäß bei Aufstellung eines solchen für einen der nächsten Landtage die Linie Elzschwarzwaldbahn mitberücksichtigt werden soll. Wenn der Inangriffnahme des Projekts bisher finanzielle Schwierigkeiten entgegenstanden, so hofft die Versammlung, mit den hinter ihr stehenden Kreisen jetzt um so zuverlässiger, daß infolge fortschreitender Besserung der Wirtschaftslage an die Ausführung eines für Nah- und Fernverkehr gleich bedeutsamen Planes nunmehr um so sicherer und entschiedener heranzutreten wird.

Deutscher Reichstag.

(18. Sitzung)

Berlin, 2. März.

Die Generaldebatte über den Etat des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt.

Hg. Robert Schmidt (Soz.):

Der Syndikatsbildung muß man große Bedeutung beimessen. Durch diese Syndikate ist der freie Wettbewerb vollständig ausgeschaltet auf manchen Gebieten des Wirtschaftslebens. Die kapitalistische Gesellschaft hat das bewirkt, und die Syndikatsgesellschaften verstehen es auch, ihren Gewinn zu verschleiern und das Kapital zu verwässern. Der Proff wird geteilt, damit die Öffentlichkeit nicht sieht, was die Ausnützung der Arbeiter alles einbringt. Man braucht nur an die Berg-

wertsgeellschaften zu denken. Es ist außerordentlich interessant, gegenwärtig die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt des Bergbaues zu betrachten. Die Arbeiter bekommen nicht einmal den Lohn, den sie vor der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik hatten. In dem Augenblick, wo die Arbeiter zurückgewiesen wurden mit ihren Ansprüchen auf höheren Lohn, in diesem Augenblick bewilligt sich das Kohlenhindat höhere Preise für seine Kohlen. Die Arbeiter werden behandelt wie die Sklaven des Kapitals, die zu gehorchen haben, aber für die Kapitalisten selbst wird gejagt durch Erhöhung der Kohlenpreise. Ich bedaure in hohem Maße, daß in die Einigkeit der Bergarbeiter ein Mißton gekommen ist. Auf der einen Seite steht die Geschlossenheit der Unternehmer und auf der andern Seite die Zerissenheit der Arbeiterorganisationen. Die, die hier abseits stehen, leisten den Interessen des Kapitals direkt eine Unterstützung. Diese Leute zerplittern die Kräfte der Arbeiter bei ihren Kämpfen gegen die kapitalistischen Unternehmungen. Der Staatssekretär Delbrück hat keine Sympathie für die Tarifverträge ausgesprochen und sich bereit erklärt, diese Tarifverträge zu fördern. Auf dem Gebiet des Bergbaues wird der Staatssekretär bald Gelegenheit haben, sein Wohlwollen und seine Absichten zu verwirklichen. Aber er darf nicht warten, bis er angerufen wird, er muß selbst die Initiative ergreifen. Er hätte auch Gelegenheit zu zeigen, daß er nicht nur als Dekoration zu wirken hat bei den Einladungen des Zentralverbandes, sondern daß er wirklich selbständig vorgeht. Wir werden einmal sehen, ob es möglich ist, diese Bergbauunternehmer unter dem Einfluß eines hohen Staatsbeamten zu Verhandlungen mit den Arbeitern zu bringen. Ich habe allerdings nicht viel Hoffnung.

Die Syndikatsbildung führt zu traurigen Zuständen auf unserem Arbeitsmarkt. Tausende von Arbeitern werden aus ihrem Familienleben herausgerissen und müssen monatelang fern von ihrer Familie sein. Der Staat soll auf der Familie beruhen, und zu keiner Zeit ist die Familie mehr zerissen worden als in der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Die Arbeiter werden von ihren Familien fortgetrieben, weil an ihrem ursprünglichen Ort ihnen die Rechtsverhältnisse und die Lohnverhältnisse nicht mehr genügen können. In dieser Zeit wo die ganze Macht des Unternehmertums in Syndikaten sich zusammenballt, wo die Arbeiter in Abhängigkeit gebracht werden von großen Unternehmerorganisationen, da erhebt sich der Ruf, daß die, die sich aufheben, die eine bessere Lebenshaltung für sich erwerben wollen, noch scharfer unter den Nebel genommen werden müssen, um sie in ihrer Koalition zu beeinträchtigen. In derselben Zeit, wo die Lebensmittel- und Wohnungspreise gesteigert werden, soll den Arbeitern, wenn sie verlangen, daß die Preissteigerung in Einklang gebracht wird mit dem Lohn- einkommen, der Schrei nach Vesserung durch die Gesetzgebung ertönt werden. Wenn irgend eine Zeit die uneingeschränkte Freiheit der Arbeiterorganisationen fordert, so ist es die gegenwärtige. Der Arbeiter muß die Möglichkeit haben, seine Arbeitskraft zu verwerten im Interesse seiner Familie und seiner selbst; er muß die Freiheit haben, sich zusammenzuballen mit Gleichgesinnten, um die Uebermacht des Kapitalismus zu überwinden. Es wird von sozialdemokratischem Terrorismus gesprochen, aber viel schlimmer ist der Terrorismus derer, die ihren Arbeitern und Angestellten verbieten, sich irgend einer Arbeiterorganisation anzuschließen. Mit dem Arbeiter wird geradezu von den Kapitalisten ein Raubbau getrieben und bei der Hygieneausstellung haben die Bayerischen Farbwerke und alle Fabriken der chemischen Industrie es abgelehnt, Auskunft zu geben, welche Erkrankungen bei ihnen vorkommen und wieviele. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Leute wollen diese Dinge nicht bekannt werden lassen, sie scheuen, daß man etwas tun könnte zu Gunsten der Arbeiter. Unsere Krankheitsstatistik muß dahin ausgebaut werden, daß wir auch über die Art der Erkrankungen Auskunft bekommen. Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung will die Arbeiter als willenlose Ausbeutungsbjekte behandeln. Täuschen Sie sich nicht über die Arbeiter, sie werden mit ihrem Haß alle die verfolgen, die sie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich herabdrücken wollen. Eine Organisation, wie sie heute in den Gewerkschaften vorhanden ist, ist auch gerüstet, den schwersten Angriffen zu widerstehen, auch den stärksten Angriffen des Polizeistaates. Es ist ja erfreulich, daß der Staatssekretär die Wünsche und Neigungen der Reaktionäre abgelehnt hat, die auf Verschlechterung des Koalitionsrechts hinauslaufen. Aber dann hat der Staatssekretär doch ange-

„Gefällig?“
„Redes Wort und die Unterfchrift dazu.“
Der Schuller faßte Sylvester mit einem derben Griffen am Arm.
„Sie, Herr Mäng, i kenn' Eahna do quat und glaab net, daß Sie an Spott über mi hannn. Was is dös, was Sie da sag'n?“
„Ich sag' Ihnen, daß der Herr Pfarrer Geld kein Wort über Sie geschrieben hat. Daß man seine Schrift nachgemacht hat.“
„Naha waar ja dös offenbar, daß alles mit Fleiß derlog'n is?“
„Ja, daß es erfunden ist. Und daß man den alten Geld dazu hergenommen hat.“
„Aba, so ma dös beweisen?“
„Das ist gar nicht schwer. Das sieht jeder, der die Schrift kennt.“
„Und dös is a'wis und wahr, Sylvester? Sie hannn Eahna net täuscht?“
„Eine Täuschung ist gar nicht möglich. Was ich Ihnen gesagt habe, vertrete ich vorm Gericht.“
„Ja, Herrgott!“
Schuller stand von der Bank auf und packte Sylvester in beiden Schultern und schüttelte ihr herzhaft.
„Ja, Herrgott! Mannde! Was sagst ma denn du? Gel, du lügst it? Mannde, was sagst d' ma denn du?“
Er setzte sich wieder.
„Sie miassen ma 's nominal g'nau sag'n. So schnell bersteht' i dös net.“
Sylvester erzählte nun ausführlich, wie er im Pfarrhof war, wie ihn Bauftätter zur Rede stellte und wie alles kam.
Der Schuller unterbrach ihn oft.
„Ferscht recht freundi, gel? Und giftig bei da Freundschaft, und nacha auf oamal in da Wuat? Ja, i kenn' an Herrn Bauftätter!“
Und als Sylvester beschrieb, wie der Pfarrer den Zettel vor ihn auf den Tisch warf, packte sich der Schuller auf die Knie und lachte aus vollem Halse.

„Er hat g'moant, Sie verstengan nix dabo. Aba Sie hannn's glei kenn't?“
„Gleich, wie ich's gelesen hab.“
„Es is holt d was Schön's, hal oana studiert hat. Of hab' i mir denkt, wenn i Eahna g'heh'n hab', es is eigentli schad', daß so a Mannsbild wie Sie a Stubenhoder werd, aba jetzt is 's do für was quat g'wen.“
Und dann wurde der Schuller wieder ernst.
„I bin Eahna viel Dank 'ulbig, Sylvester,“ sagte er. „Aba wissen S', d' Hauptfach' kummt erst. Dös miassen's mir auf Ehr und G'wissen sag'n, ob Sie fest steh' bleib'n auf dem, hal mir scharf zum Streit'n o'fanga.“
„Ich steck' nicht um, Schuller. Sonst hätt' ich Ihnen lieber nichts gesagt.“
„Und hal i Eahna bitt'n tat, daß Sie jetzt mit mir zum Haberlschneider gengan?“
„Ich bin dabei.“
(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Zweiplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 4. März: Keine Vorstellung.
Dienstag, 5. März. A. 44. „Das Mädchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Akten von Mailart. Anf. 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Mittwoch, 6. März. 6. Abonnementskonzert des Hoforchesters. Programm: Beethovens Sinfonie Nr. 6 F-dur (Pastorale). Richard Strauß, Symphonia Domestica, Till Eulenspiegels lustige Streiche. Anf. halb 8 Uhr, Ende 10 Uhr.
Donnerstag, 7. März. C. 44. Zum erstenmal: „Das weite Land“, Tragikomödie in 5 Akten von Artur Schnitzler. Anf. 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, 8. März. A. 44. Zum erstenmal: „Die verhasste Frau“, komische Oper in 3 Akten von Eugen d'Albert. Anfang 1/8 Uhr, Ende 10 Uhr.
Samstag, 9. März. 24. Vorst. auf. Ab.: Gesamtganzspiel des bayerischen Opernspielers, Direktor Konrad Dreher und seiner Gesellschaft. Zum erstenmal: „Wann der Auerhahn

hals“, Pöffe mit Gefang in 5 Akten von E. Antonn, Musik von E. Ziegler. Anfang 1/8 Uhr, Ende nach 1/2 10 Uhr. Sonntag, 10. März. C. 45. „Die Stimme von Bertici“, große Oper in 5 Akten von Auber. Anf. 1/7 Uhr, Ende gegen 1/2 10 Uhr.
Montag, 11. März. B. 45. „Wilhelm Tell“, Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende 1/2 11 Uhr.
In Baden-Baden:
Mittwoch, 6. März. 23. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Das weite Land“, Tragikomödie in 5 Akten von Artur Schnitzler. Anf. 1/7 Uhr, Ende 1/2 10 Uhr.

Literatur.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der „Volksfreund“-Buchhandlung bezogen werden.)

Nord und Süd. Im ersten Februarheft von „Nord und Süd“ (Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt v. E. Schottländer, A.G., Breslau-Berlin-Leipzig). Inhalt: „Italien 1861 bis 1911“ von Dr. B. D. Fischer. „Dualismus und Wirtschaftspolitik“ von Josef Esterházy. „Internationalismus“ von Dr. Wilhelm Exner. „Der Odd-fellow-Orden als Kulturfaktor“ von Prof. Dr. Schieler. „Die Handelsbilanz als Zeichen wirtschaftlichen Fortschritts“ vom früheren ungarischen Minister-Präsidenten Dr. Alexander Bekere. — Eine besondere Gabe bietet das Heft in dem von Florj Jöhlinger gezeichneten Bildnis Bernhard Dernburgs, dessen Bemühungen um die deutschen Kolonien und die deutsche Kolonialpolitik in dem einleitenden Artikel von Prof. D. Westermann gewürdigt werden. — Die Entwicklung und Bedeutung des „Simplicissimus“-Zeichners „Th. Th. Heine“ von Alfred Mayer. — „Lilientron und alle seine unsterblichen Dichter“ von Constantin Brunner. — In den Bereich der reinen Wissenschaft führt der gut informierende Aufsatz: „Bedeutung, Ziele und Wege der Hirnforschung“ von Dr. Oskar Vogt, Direktor des neurobiologischen Instituts der Universität Berlin. — Nächst Dr. Walter Harlans Gedicht: Der „Wille zur Kultur“ und der Fortsetzung des Romans „Mittet nicht!“ von Oskar v. Schütze bringt das Heft wieder eine Reihe von Mythen.

kündigt, daß vielleicht die Gesetzgebung die Aufgabe hat, den Schutz der persönlichen Freiheit zu stärken. Hat er vielleicht persönliche Freiheit schützen wollen gegen Vorgänge, wie wir sie erlebt haben in Moabit oder im Wederprozeß, wo es bekannt wurde, daß die Landräte die Bürgerfreiheit nicht gelten lassen wollen?

Neben der Verschlechterung in der Industrie haben die Arbeiter zu leiden unter der fortgesetzten Verschlechterung in der Landwirtschaft, die immer mehr zum Saisonbetrieb wird. Große Massen werden auf eine gewisse Zeit herangezogen, und dann sind sie monatelang ohne Beschäftigung. Redner wendet sich dann gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokratie das Privateigentum abschaffen wolle. Es handelt sich nur um die Beseitigung des Eigentums an den Produktionsmitteln und staatliche und kommunalbetriebe. Die Aktiengesellschaften seien Etappen auf diesem Wege. Dagegen hilft nur die gewerkschaftliche Organisation. Graf Posadowsky rühmte sich des Mutes seiner Meinung. Dazu gehört kein Mut für einen Mann in solcher Stellung. Aber es wäre eine Tat gewesen, wenn er uns ein soziales Programm entwickelt hätte. Das haben wir vermehrt. Vorunter auch die Handwerker und der Mittelstand zu leiden haben, das ist vor allem der Arbeiter, der in den Städten mit dem Grund und Boden getrieben wird. Hier müßten die Gemeinden eingreifen, wie sie sich auf dem Gebiete der Fachschulen große Verdienste erworben haben. Was die Angestellten zu ihrem Fortkommen brauchen, ist das Koalitionsrecht. Herr v. Camp hat hier merkwürdige Anschauungen über die Beamten zu erkennen gegeben. Er hat gemeint, die Beamten würden ja bezahlt, damit sie gegen die Sozialdemokratie kämpfen. Zu einer solchen Hausnechtstellung lassen sich die Beamten wohl nicht mißbrauchen. Sie (zur Rechten) müssen schon selbst sich aus dem Sumpfe herausretten, in den Sie mit Ihrer Politik geraten sind. Der Staatssekretär hat uns leider auf viele Fragen keine Auskunft gegeben. Wie weit ist denn das Reichstheatergesetz geblieben? Es hat unter den Bühnengestirnen Mißstimmung erregt, daß man bei der Auswahl der Sachverständigen über die Bühnengenossenschaft hinweggegangen ist. Man muß doch an eine berufene Organisation herantreten. Man gibt sich jetzt so viele Mühe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die einen hoffen auf den Revisionismus, die anderen auf den Radikalismus, der eine auf Aufklärung und der andere auf Polizei und Ausnahme-gesetzgebung. Sie werden alle gelächelt werden in ihren Hoffnungen, es gibt nur eines: die bürgerliche Gesellschaft muß die Rettung der Sozialdemokratie aufgeben. Sie kommt nicht darum herum, uns als gleichberechtigt anzuerkennen. Es kommt die Zeit, wo die Sozialdemokratie mit allem Widerstand ausgeräumt haben wird und schließlich die Position einnimmt, die ihr vermöge der Vertretung der großen Massen der erwerbstätigen Schichten gehört. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Cramer-Zieferwiz (kons.): Das Vorgehen gegen die Wanderlager ist eine alte Forderung meiner Partei. Die Bedürfnisfrage soll entscheiden und eine höhere Altersgrenze gesetzt werden, damit nur die nicht mehr recht arbeitsfähigen Personen das Gewerbe ergreifen können. Die Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung muß gesetzlich und einheitlich geregelt werden. Der Redner begründet den Antrag seiner Fraktion auf Aenderung der Gewerbeordnung oder des Strafgesetzbuches zur Sicherung eines wirklichen Schutzes für die Arbeitswilligen.

Abg. Dr. Thoma (natl.): Wir halten eine Teilung des Reichsamtes des Innern in eine wirtschaftliche und soziale Abteilung für wünschenswert. Neben dem notwendigen Ausbau des Arbeitsschutzes ist die Wohnungsfrage das wichtigste. Sie ist geradezu die soziale Frage. Die Koalitionsfreiheit ist genau wie das Wahlrecht für uns ein Blättchen Mühmehricht. Der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung müßte genauer definiert werden. Es fehlt der Schutz desjenigen, der sich koalieren will und der nicht wieder aus einer Organisation herausgetrieben werden will. Der Redner spricht für die Schaffung eines Reichs-Einigungsamtes, das auch die Tarifverträge fördern soll. Er fordert zum Schluß auch im Interesse seines Allgäuer Wahlkreises Erleichterung der Einfuhr von Vieh wegen der Schäden der Maul- und Klauenseuche.

Abg. Vorkat (f. Vp.): Zoll- und Finanzpolitik und Steuer-treffen keinen Stand so schwer wie das Handwerk. Mit der Mittelstandsfreundlichkeit der Konjunktiven ist es nicht

weit her. Betätigt sich der Handwerker politisch anders als konfessionell, dann wird er boykottiert. Der Redner wirft dem Bunde der Handwerker vor, mit seinen Warenhäusern und Reparaturanstalten den Mittelstand zu untergraben und verteidigt den Handfabrikant. Er fordert reichsrechtliche Regelung des Submissionswesens. Die Hauspfehlung sollte man durch Festlegung der Durchführung einschränken. Redner vertritt die Forderung des Handwerks in Bezug auf Fabrik und Handwerk, größere Freiheiten in der Organisation der Handwerkskammern und empfiehlt dem Handwerk mehr Kollegialität statt des ewigen Schreiens nach der Gesetzgebung. (Beifall links.)

Abg. Sosinski (Pole) fordert für die Bergarbeiter über Tage den Achtstundentag, Zuziehung der Arbeiter zur Baukontrolle und Gewerbeinspektion und führt Beschwerde über die Hinderung der polnischen Organisationen durch Arbeitgeber und Behörden sowie durch Wahlbeeinflussungen in Oberschlesien.

Weiterberatung Montag 2 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung in der Textilindustrie. In Marzgrün bei Bad Steben haben die Weber und Weberinnen die Arbeit niedergelegt, weil die Firma fortgesetzt Arbeiter wegen Jugendigkeit zur Organisation maßregelte. Es kommen 84 Leute in Betracht.

In Oelsnik i. B. stehen die Färber in einer Lohnbewegung. Sie fordern 15 Prozent Lohnerhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag.

In Kirchberg i. S. haben die Textilarbeiter in den Tuchfabriken Lohnforderungen gestellt. Sie verlangen 15 Prozent Lohnerhöhung und tarifliche Festlegung der Löhne.

Eine amtliche Anerkennung gewerkschaftlicher Disziplin. Es passiert nicht alle Tage, daß eine städtische Behörde bei einer Aussperrung die sonst übliche Drohnote, daß die Aussperrten oder Ausständigen sich des § 153 der Gewerbeordnung erinnern müßten, noch mit einer anerkennenden und lobenden Bemerkung über die erzieherische Tätigkeit der freien Gewerkschaft schießt. In Selb in Oberfranken, wo wie in vielen anderen Orten Oberfrankens die Porzellanarbeiter ausgesperrt sind, hat der Stadtmagistrat in einer Bekanntmachung folgende Anerkennung der durch die Arbeiter schon wiederholt gezeigten Disziplin ausgesprochen:

„Zu der organisierten Arbeiterschaft wird vertraut, daß sie die schon öfter gezeigte gute Disziplin auch während der jetzigen Bewegung beweisen, daß sie die Mahnungen ihrer Führer, stets ruhig zu bleiben und sich vor Ungehörigkeiten und Ausschreitungen zu hüten, getreulich befolgen und dadurch sich selbst vor Unannehmlichkeiten und event. empfindlichen Strafen bewahren wird. . . .

Denn es könnte leicht sein, daß sich aus dem unüberlegten Vorgehen einzelner Hühler größere Ausschreitungen, z. B. Aufruhr, Unruhe, Anstößigkeiten usw. entwickeln, die nur wieder zu schwereren Sicherheitsmaßnahmen sowie zu schweren und umfangreichen Verhaftungen (auch widerwillig Beteiligten) führen würden, für die Arbeiterbewegung aber von keinerlei Vorteil wären.“

Diese Art, zu den Aussperrten zu reden, sticht wohlwollend von den Scharfmachertönen gewisser anderer Polizeiverwaltungen ab, deren Hauptforse darin besteht, sofort bei Ausbruch einer Lohnbewegung oder einer Aussperrung in der rigorossten Weise gegen die Ausständigen vorzugehen. Schade wäre es nicht, wenn sich auch andere Polizeiverwaltungen diese Maxime zu eigen machen würden. Der Öffentlichkeit wäre damit viel mehr gedient, als durch die bisher beliebte blindwütige Draufgängererei.

Neue Verhandlungen im Schneidergewerbe. Der Unternehmerverband hat an den Zentralvorstand des Schneiderverbandes folgendes Schreiben gerichtet: „Nach § 12 des Generalvertrags darf keine der vertragsschließenden Organisationen Streiks oder Aussperrungen verfügen, ohne vorher einen Schlichtungsversuch beantragt und vorgekommen zu haben. Obwohl wir nun den in Frankfurt a. M. vom 22.-26. ds. Mts. abgeschalteten Schlichtungsversuch als die Erfüllung der vorerwähnten Vertragspflicht betrachten und es damit als selbstverständlich halten, daß beide Parteien jetzt freie Hand haben, fragen wir trotzdem bei Ihnen an, ob Sie von uns noch die Beantragung

eines Schlichtungsversuches erwarten, um die Generalaussperrung durchzuführen zu können. Sollten Sie entgegen unserer Auffassung der Meinung sein, daß wir verpflichtet sind, und dieser Formalität nochmals zu unterziehen, so stellen wir hiermit den Antrag, am Donnerstag den 7. März in Halle a. S. den Schlichtungsversuch vorzunehmen. Von der Einziehung von Ortsvertretern würden wir absehen. Mit Rücksicht auf das Ergebnis des soeben beendigten Schlichtungsversuches glauben wir annehmen zu dürfen, daß auch Sie die Vertragspflicht bereits für beide Teile als erfüllt betrachten und sehen ihrer gefl. postwendenden Nachricht entgegen.“

Der Zentralverband des Schneiderverbandes hat daraufhin an den Unternehmerverband folgendes Antwortschreiben entsandt: „Unsere Auffassung über die Auslegung des § 12 des Generalvertrags deckt sich vollkommen mit der in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebrachten, daß nach dem in Frankfurt a. M. abgeschalteten und geschlichteten Schlichtungsversuch beide Parteien freie Hand haben. Wenn dieser uns von Ihnen erneut angebotene Schlichtungsversuch also nur eine Formalität sein soll, wäre derselbe überflüssig. Dagegen erklären wir uns aber zu einem weiteren Schlichtungsversuch bereit, der zu dem Zweck unternommen wird, vor der Verfüzung der allgemeinen Aussperrung zu versuchen, die noch vorhandenen Differenzen auszugleichen. Mit dem Ort und dem Tage der Zusammenkunft erklären wir uns ebenfalls einverstanden.“

Aus Magdeburg wird uns soeben berichtet, daß dort 180 Schneidergesellen in den Streik getreten sind.

Soziale Rundschau.

Die Lohnverhältnisse der Agenten bei der Margarinefabrik A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in der Nr. 47 unseres Blattes einen Artikel, in dem die Art und Weise, wie die genannte Firma ihre Fabrikate durch Agenten vertreiben läßt, geschildert worden war. Dieser Artikel entfiel nun, wie uns geschrieben wird, insofern eine Unrichtigkeit, als er eine ganz ungeschulde Firma betrafte. Es handelt sich nicht um obengenannte Fabrik, sondern vielmehr um die Firma Mohr u. Co. in Altona-Ottensen, bei der vor ungefähr Jahresfrist die bekannteren Wafa-Margarineerzeugnisse vorgekommen sind. Durch hatten die Fabrikate dieser Firma keinen allgütigen Klang mehr. Um denselben wieder Eingang zu verschaffen, hat sie an allen Orten Rabfahrer angestellt, die die Ware direkt an Privatsale absetzen mußten. Es handelt sich aber hier nicht um die Firma A. L. Mohr, G. m. b. H., in Altona-Bahrenfeld, denn diese hat mit der Sache gar nichts zu tun; sondern um die Firma Mohr u. Co. in Altona-Ottensen. Im Interesse der Firma Mohr, G. m. b. H., in Altona-Bahrenfeld wollen wir nicht veräumen, unsern Irrtum hiermit richtig zu stellen.

Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte schreibt die Schaffung solcher Gerichte nur für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern vor. Kleinere Gemeinden können es freiwillig tun; sie haben aber von diesem Recht nur wenig Gebrauch gemacht. Tatsache ist, daß gerade im letzten Jahrzehnt viele industrielle Unternehmungen ihr Domizil von den Städten in benachbarte kleine Gemeinden verlegt haben. Diese Abwanderung der Industrie hat naturgemäß zur Folge, daß die Zahl der in kleineren Gemeinden beschäftigten Montoristen von Jahr zu Jahr zunimmt, die sich bei Differenzen mit der Firma nicht an ein Kaufmannsgericht wenden können, sondern an das Amts- oder Landgericht müssen, wo das Verfahren kostspieliger und zeitraubender ist. Das trifft auch für das Verkaufspersonal der Ladengeschäfte in diesen Orten zu. Der Zentralverband der Handlungsgesellen hat daher das Reichsamt des Innern gebeten, den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kaufmannsgerichtsbarkeit sündenlos über das ganze Reich ausgedehnt werden soll. Gleichzeitig sind vom Verband die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten gebeten worden, die Errichtung von Kaufmannsgerichten anzuregen, wo solche noch nicht vorhanden sind.

Mannheim, 28. Febr. Die Städtische Milchzentrale eröffnet morgen ihren Betrieb. Es werden vorläufig zwei Milchschankwagen, der eine in der Neckarvorstadt, der andere in der Unterstadt laufen. Die Milch ist am Wagen zu holen, auf dessen Ankauf durch Lautsignale aufmerksam gemacht wird. Es kostet 23 Pf., bei den Milchhändlern 24 Pf., ab der Zentrale wird sie sogar zu 22 Pf. abgegeben.

des Spruchgerichtes! Denn wer etwa erwartet hätte, von Ratho eine kritische Auseinandersetzung über religiöse Probleme zu hören, der kam nicht auf seine Kosten!

Was den größten Teil seiner Ausführungen betrifft, die sich in allgemeinen, stillen Betrachtungen ergingen, so bilden sie, von einzelnen Ergänzungen und Abweidungen abgesehen, schon lange ein erstrebenswertes Gemeingut aller denkenden Menschen. Christen und Buddhisten, Juden und Freidenker können sehr große Teile dieses Programms unterschreiben. Was dagegen den vielfach zur Anbeutung kommenden mystischen Untergrund betrifft, so wird er in den Reihen der Freidenker ebenso scharfen Widerspruch finden, wie andere Äußerungen die Gegnerschaft der Orthodoxie hervorrufen. Pfarrer Ratho ist eben ein Mystiker, eine Persönlichkeit, die mit dem Gefühl allein Religion macht. Die reine kritische Vernunft bleibt vom religiösen Bereich ausgeschlossen. Hierdurch werden der Religion jedoch von vornherein enge Grenzen gesteckt. Sie kann nicht mehr darauf Anspruch machen, aus dem All zu schöpfen, sondern sie muß in das Reich der Phantasie flüchten, wo dann allerdings jeglicher Kombination Tür und Angel geöffnet sind. Jedenfalls verdienen jedoch die Ausführungen Rathos deshalb Beachtung, weil hier eine Persönlichkeit, die voll und ganz im Christentum wurzelt, nicht aus der realen Erwägung, daß Religion Privatfache ist, sondern aus dem innersten Gefühl heraus, religiös zu wirken, zu dem Resultat kommt, daß die Art und Weise, wie die heutigen Religionen gelehrt und betrieben, begründet und gelebt werden, von Grund auf falsch ist.

Die Frage, was ist Religion?, so führte Pfarrer Ratho aus, läßt sich nicht allgemeingültig beantworten, da Religion etwas rein Subjektives ist. Man muß daher die Frage persönlich behandeln. Vor allem muß man berücksichtigen, daß Religion älter ist als Theologie. Erst muß das Leben eine Religion geschaffen haben, dann können die Theologen kommen, um die Lehren zu erläutern. — Was die verschiedenen Konfessionen betrifft, so bieten sie ein trauriges Beispiel des Gegensatzes und des Kampfes, Dinge, die überhaupt nichts mit Religion zu tun haben. Daher muß man sagen: keine Konfession, sondern persönliche Religion. Man muß lernen, jede religiöse Anschauung zu begreifen (Liberalismus), wie über-

Was ist Religion?

Wenn man das zahlreiche Publikum, welches am Dienstag Abend im Eintrachtsaal dicht gedrängt beisammen saß und stand, um den Ausführungen über die Frage: „Was ist Religion?“ zu lauschen, als Grabmesser für das aktive Interesse an Religion überhaupt betrachten würde, so müßte man zu der Anschauung gelangen, daß in der heutigen Generation ein wirklich intensives Verlangen nach Religiosität schlummert. Dies mag schließlich auch zutreffen, sofern man darunter versteht, eine Regelung des Verhältnisses des Einzelindividuum zum All, bei bewußter gleichzeitiger Veräußerlichung sowohl der durch die Evolution der Wissenschaft in Betracht zu ziehenden Tatsachen, wie der im Wesen des Menschen wurzelnden, gefühlsmäßigen Sehnsucht nach höheren geistlichen und irdischen Werten. Diese beiden Dinge, Gefühl und Erfahrung oder Glauben und Wissen in Einklang zu bringen, liegt von jeher in den Bestrebungen des Volkes. Immer dringender wird der Ruf, immer lauter der Schrei nach einer freien, modernen Religion, die trotz aller Einwendungen doch wieder mit der Weltanschauung zusammenfällt. Die Menschheit kann und darf sich nicht zufrieden geben, mit einer Religion, die in starrem Dogma befangen, die wichtigsten Bestandteile, d. i. das Gefühl und die Erfahrung unberücksichtigt läßt. Sie muß verlangen, daß die Religion all das in sich birgt, was als Summe unserer geistigen, sittlichen und sozialen Entwicklung, der Vernunft und des Gefühls zu betrachten ist.

Die Lösung dieser Frage wird daher immer wieder von neuem versucht werden. Immer wieder gebärt der Volkswille in unseren Tagen, ebenso wie in früheren Zeiten, Männer, die von innerer Begeisterung erfüllt, als Apostel der Religion zu freiten gewillt sind. Was ist es der Philosoph, der sich bemüht, mit dem Nützigen der wissenschaftlichen Erkenntnis die Frage der Fragen zu analysieren, bald der Mystiker, der unbekümmert um Erfahrung, Erkenntnis und Wirklichkeit, sein Evangelium des inneren Erlebnisses verkündet. Kommt nun der philosophische Denker leicht in die Gefahr, im System zu erstarrten, so ist beim Mystiker die Regel, daß er sich, einerseits

durch Inachtslosigkeit der Tatsachen in Unklarheit verliert, andererseits im Uebermaß seiner Begeisterung überfließt, daß das Leben, so wie er es lehren will, schon 100mal 100mal zu allen Zeiten gepredigt worden ist. Wenn daher in unserer Zeit an die Lösung religiöser Fragen herangetreten wird, so gilt es sorgfältig darauf zu achten, daß sowohl die Erkenntnis wie das Gefühl für berücksichtigt wird. Insbesondere könnte es zu einer Gefahr für unsere Kultur werden und dies muß vor allem dem an den konfessionellen und religiösen Zwistigkeiten Unbeteiligten zu denken geben —, wenn versucht wird, durch allzu scharfe Ausprägung der Mystik, (wie dies ja bereits in einzelnen Literaturgattungen geschieht) unserer Zeit den Stempel einer dämmernen Mystizismus aufzudrücken. Man muß daher mit einer gewissen, gemessenen Zurückhaltung an Strömungen herantreten, die, wenn sie in mancher Hinsicht auch noch so sehr berechtigt sind und besten Motiven entspringen, leicht dazu führen können, das religiöse Leben in das gefährliche Jahresschiff der Mystik, die das Gefühl auf Kosten der Vernunft feiert, hinüberzuleiten.

Diese Bemerkungen mögen der Besprechung des Vortrages im Kaufmannischen Verein vorausgeschickt werden, den einer der gegenwärtig meist gefeiertsten Persönlichkeiten über das bereits erwähnte Thema hielt.

Pfarrer D. Karl Ratho aus Köln hat durch die über ihn verhängte Maßregelung seitens seiner kirchlichen Oberbehörde die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf seine Persönlichkeit gelenkt. Diejem Interesse an seiner Person mag wohl noch von dem allgemein religiösen Interesse die zahlreiche Zuhörerschaft, die sich zu seinem Vortrage eingefunden hatte, zuzuschreiben sein. Man wollte den kühnen Mann kennen lernen, den daaderten Kämpfen sehen, der für unwürdig befunden worden war, auf der Kanzel zu Köln, weiterhin das Wort Christi zu lehren. Wahrlich, den Eindruck eines Kämpfers machte er, der ergrauten, kräftigen Streiter, wenn er in kurzen, bildreichen Sätzen die Leitmotive seiner persönlichen Religionsanschauung offenbarte: Allgemeine, ethische Ideen waren dies, Anschauungen, welche die Menschheit schon seit ihrer Wiegezeit begleitet haben, die oft schon unterdrückt, immer und immer wieder die Oberhand gewonnen. Worte der Sehnsucht, der Ideale, der alles bezwingenden Liebe. Umfa unerklärlicher daher das Urteil

Aus dem Lande.

Rastatt.

Zu der letzten Bürgerauschuhung wurde in vertraulicher Besprechung über ein Gesuch der hiesigen Privatrealschule um Gewährung eines Zuschusses von 4000 M. verhandelt und das Gesuch abgelehnt. Die Leitung der Schule und einige Interessenten haben nun sich an die Öffentlichkeit gewandt, um Stimmung für die Realschule zu machen. Damit der Zuschuss doch noch genehmigt werde. Herr Direktor Jakob, die eigentliche treibende Kraft bei Errichtung der Privatrealschule und Obmann des aus Bürgerkreisen zusammengesetzten Beirates der Schule schildert, welche große Schwierigkeiten die Errichtung einer Realschule hier begegne, und wie es allseitig begrüßt worden sei, daß Herr Wächler eine Privatrealschule errichtet habe, nachdem die Errichtung einer städtischen Realschule nicht erreicht werden konnte. Herr Wächler erläuterte die näheren Verhältnisse der Schule. Diefelbe wird jetzt von insgesamt 128 Schülern besucht, 10 Lehrer wirken an derselben, die Prüfungen von seiten eines Schulrates verliefen sehr günstig, und zeigten, daß die Schule allen gestellten Anforderungen entspricht. Das abgelaufene Schuljahr brachte ein Defizit von fast 10 000 M.

In der Versammlung waren etwa 80 Personen anwesend, darunter sehr viele von Herrn Dir. Jakob abhängige Angestellte der Waggonfabrik. Die Ausführungen der meisten Redner gingen dahin, daß die Stadt die Pflicht habe, die Realschule finanziell zu unterstützen. Aus dem bis jetzt gezeigten Entgegenkommen der Stadtverwaltung, Ueberlassung eines Bauplatzes und einmalige Zuwendung von 4000 M., wollten die Herren die moralische Pflicht der Stadt, das Unternehmen auch weiter zu unterstützen, herleiten. Und die Herren vertieften es, das muß man ihnen lassen, ihre Sache zu vertreten. Alles mögliche und unmögliche muß herhalten, um ein Interesse der Stadt an dem Unternehmen zu konstruieren. Gen. Kank wies demgegenüber darauf hin, daß in erster Linie einmal die Stadt Rastatt das Schulgeld für die Volksschule abschaffen solle, bevor an die Unterhaltung einer Privatrealschule gedacht werden kann. Die Privatankalt solle sich mit den bis jetzt erfolgten Zuwendungen begnügen und die Herren, die Herrn Wächler zu dem Unternehmen verleitet, sollten doch auch dafür sorgen, daß das Unternehmen rentiert. Arbeiterkassen, haben ja doch bei dem Schulgeld von 180 M. pro Jahr nur an den Besuch der Anstalt denken, deshalb ist es auch nicht angebracht, aus städt. Mitteln die Anstalt zu subventionieren.

Bürgerauschuhung. Zu der im Mai stattfindenden Bürgerauschuhung werden jetzt die Vorarbeiten von seiten der Gemeindeverwaltung getroffen. Die Feststellung der Wahlberechtigten erfolgt durch straßenweise Aufnahme. Wir ersuchen unsere Anhänger, dafür zu sorgen, daß sie alle in die Liste aufgenommen werden, denn nur wer darin steht, darf wählen. — Auch die Parteien regen sich bereits. Das Zentrum ruft seine Anhänger auf Sonntag, 3. März, zu einer Versammlung in die „Krone“, in welcher Abg. Wiedemann-Bruchsal über das neue Gemeindevahlverfahren spricht.

Offenburg.

Stadtverordnetenwahlen. Gestern fanden die Bürgerauschuhungen der 3. Klasse statt. Sie hatten folgendes Ergebnis: das Zentrum erhielt 411 Stimmen auf die Liste für 6 Jahre und 410 Stimmen auf die Liste für 3 Jahre, das ergibt 8 gleich 16 Vertreter. Der liberale Block erhielt auf 6 Jahre 179 Stimmen und auf 3 Jahre 178 Stimmen, das ergibt je 3, gleich 6 Vertreter. Die sozialdemokratische Liste erhielt für 6 Jahre 227 Stimmen und für 3 Jahre 225 Stimmen, das ergibt je 5, gleich 10 Vertreter. Von 1205 Wahlberechtigten hatten 841 abgestimmt = 69 Prozent.

Mörsch, 3. März. In unserm Bericht vom letzten Samstag über die Klage eines Gemeinderats gegen den Pfarrverweser haupst ein wahrhaft liberaler Mensch auf keinen einzelnen Meister schwört, sondern sich zur ganzen Menschheit bekennt. Die Religion ist kein Wissen, sondern ein Können. Das religiöse Leben ist auch nicht gebunden an eine bestimmte geartete Weltanschauung, sondern Religion und Erkenntnis sind grundverschieden. — Religion ist eine Kraft, eine Kunst. Wahre Religion offenbart sich daher in religiösen Persönlichkeiten nicht in religiösen Theorien. Mit Recht hat der Mystiker Eckart gelehrt: „Ein einziger Lebensmeister reicht mehr, als 1000 Lehremeister.“ Religion an sich ist tot und kalt. Man muß sie erst lebend machen. Daher ist die Religion nicht Kirchen- und Staatsaktion, sondern Herzenssache.

Vier Dinge sind es vor allem, die das Wesen der Religion ausmachen. Als 1. wäre zu nennen Schleiermachers Definition: „Religion ist schlechthin das Gefühl einer Abhängigkeit“, wobei noch hinzuzufügen wäre, im Bunde mit Ebenbürtigkeit. Die 2. Erklärung wäre: Religion ist die Sehnsucht der Seele über sich selbst hinaus, Religion ist der Durst der Seele. Gätten wir die letzten Ziele unseres Sehnsucht erreicht, dann würden wir erkalten und absterben. Die Hauptsehnsucht muß erhalten bleiben. Die 3. Definition wäre die Religion als Kultus der Idee, welcher den Glauben an die Wahrheit des Fortschritts in sich birgt. Zum Schluß noch wäre Religion zu erklären, als eine bewusste Pflege der Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Allen. — Man soll aufhören, an dem Gottesbegriff herumzuschematisieren. Man muß zu dem Gottesgefühl, Götterleben kommen. „Gefühl ist alles!“

Wenn die Menschenliebe ins Breite wächst, dann wird sie zur Gottesliebe. Es ist schade, daß die Menschen alles Mögliche für heilig erklärt haben, während sie das Heiligste von Allen, den Menschen verdammt haben. Heilig sei uns der Mensch! Die Stürmer und Dränger, das sind die Leute der Religion, die Siegfriedsnaturen, die unerfahren ihres Weges gehen. Religion sollte das Leben selbst sein! Wir sollten uns nicht fragen, wie bringen wir dem Kinde Religion bei, da ja das Kind die beste Religion mit auf die Welt bringt. Statt die Religion frei wachsen zu lassen, wird sie dem Kinde mit dem 6. Jahre bereits beschnitten in katholische, protestantische, jüdische Religion. Hören wir auf mit diesen Schablonen! Berzen wir das Heiligste, was der Mensch hat, nicht vor die Öffentlichkeit! Lassen wir daher die Religion sich entwickeln, als Glaube an die Macht der Wahrheit und der Liebe!

Stürmischer Beifall lohnte dem trefflichen Redner für seine, von hoher Begeisterung getragenen Ausführungen, welche einen warmen Appell an das Gefühl und die Toleranz darstellten. Gr.

Sälzler wegen der Bezeichnung „Lausububen“ ist uns eine Personentwischung unterlaufen. Nicht der beleidigte Gastwirt und frühere Gemeinderat Kogte, für diesen war die Sache leider verjährt, sondern es war der von der soz. Partei gewählte Gemeinderat Mastetter, der die Klage anstregte, nachdem der oben genannte Wirt die Klagen in einer Wirtschast weitergezählt hatte. Wie man weiter hört, wollen auch die übrigen Gemeinderäte keine Lausububen sein und werden ebenfalls Klage anstregen.

Mörsch, 2. März. Herr Pfarrverweser Sälzler hatte für heute, Samstag Nachmittag die Generalversammlung der über 400 Mitglieder starken Krankenvereins einberufen. Erschienen waren Pfarrverweser Sälzler, Gemeindevorstand Mastetter und Genosse Durlant, Löwenwirt, sowie 5 oder 6 Weiber. Der Vorsitzende Sälzler hätte wissen sollen, daß ein Samstag Nachmittag sich für eine solche Versammlung nicht eignet. Oder hat er vielleicht gerade deshalb die Generalversammlung so anberaumt, damit dieselbe nicht besucht werden kann? Die Mitglieder haben auch Interesse am Verein und verlangen, daß die Versammlung an einem Abend abgehalten wird. Da Herr Sälzler eifriger „Volksheld“ ist, so nehmen wir an, daß er diese Beilen lieft und nochmals eine Generalversammlung einberuft.

Cutingen, 3. März. Heute Vormittag 11 Uhr ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall. Das von Pforzheim kommende Automobil des Landdirektors Ragenberger fuhr ungefahr in der Mitte des Dorfes gegen eine Telegraphenstange. Der Chauffeur konnte noch aus dem Auto herauspringen, während dies Herr Ragenberger nicht mehr gelang. Derselbe wurde durch die Glassplitter der zertrümmerten Scheibe im Gesicht erheblich verletzt und hat auch innere Verletzungen davongetragen. Das Automobil ist ziemlich stark beschädigt. Die Achse ist ganz verbogen und die Lampen sind zertrümmert. Der Verletzte wurde sofort mittels eines andern Automobils in das städtische Krankenhaus nach Pforzheim überführt. Seine Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Freiburg, 3. März. Der gestern Abend 8.21 Uhr von Basel hier eintreffende Schnellzug erlitt eine Verspätung von 20 Minuten infolge Wärmelaufens einer Achse am Speisewagen. Der Wagen mußte aus dem Zuge ausgestellt werden.

Hochhausen, 3. März. Der letzte 23jährige Telegraphenarbeiter Schäfer wurde vorgestern in Wittighausen vom Zug getöbt. Schäfer wollte einem Güterzug ausweichen, in demselben Augenblick erfaßte ihn aber die Lokomotive des von der entgegengekehrten Seite kommenden Personenzuges und das Unglück war geschehen. — Am Donnerstag letzter Woche starb eine Schwelmer und jetzt folgte er derselben so rasch und unerwartet nach in die Ewigkeit. Auf dem Friedhof wird das Zwillingpaar auch nebeneinander seine Ruhestätte finden.

Tengen, 3. März. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Wilmühle ereignet. In der Staubbühne wurde die 18 Jahre alte Karoline Maier von dem Transmissionsriemen erfaßt und in die Welle hineingezogen. Das Mädchen wurde von der Welle an einen Balken geschleudert, daß der Tod alsbald eingetreten sein muß. Erst nach einer Viertelstunde wurde der Vorfal bemerkt. Der Körper des unglücklichen Mädchens war scheinlich zugerichtet und konnte nur mit größter Mühe von der Transmissionswelle losgebrochen werden.

Reinlaunenburg, 3. März. Die alte Holzbrücke, die Reinlaunenburgs Stadtbild das charakteristische Gepräge gab, ist zertrümmert. Die sehr gefährlichen Abbrucharbeiten werden ohne jeden Unfall. Auch zwei von den drei Pfeilern der alten Brücke sind bereits den Weg alles Irdischen gegangen. Sie wurden mit Dynamit gesprengt.

Lörrach, 3. März. In einem unbewachten Augenblick fiel das drei Jahre alte Kind des Zimmermanns Wüchlin aus dem 3. Stock der elterlichen Wohnung auf die Straße. Trotz dieses Sturzes aus solcher Höhe trug wunderbarer Weise das Kind keinerlei ernstliche Verletzungen davon.

Reisbach, 3. März. Auf der Straße nach Neubreisbach wurde gestern eine hiesige ältere Frau von zwei unbekanntenen Männern zu überfallen versucht. Der eine der Männer ging auf die Frau zu und verlangte ihr Geld. Die so bedrohte Frau rief um Hilfe, worauf die beiden Männer, da sie auf der Landstraße einen Herrn daherkommen sahen, die Flucht ergriffen.

Wibera, 29. Febr. Bei einer Ueberfahrt der Fähre über die Rinzig riß der Draht der Fähre, wodurch diese von dem sturzfliegenden Wasser mit fortgerissen wurde. Der 70 Jahre alte Rastfahrende Rosenthaler aus Rinzigbach, der sich auf dem Schiffe befand, suchte sich durch einen Sprung aus Ifer in Sicherheit zu bringen. Er stürzte dabei in das Wasser und wurde von der reißenden Wut erfaßt. Als man ihn unterhalb der Rinzigbrücke aus dem Wasser zog, war er bereits tot.

Unterakpfen, 29. Febr. Wegen des Brandfalles bei dem Mehrgemeister Kaiser war der Staatsanwalt aus Waldshut hier, um verschiedene Personen einberufen zu lassen. Der Mehrgemeister Schmidt von hier wurde unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet.

Vom Bodensee, 28. Febr. Seit Wochen schon, so lesen wir in der „Neuen Züricher Zeitung“, können die Weissen, welche die Bodensee-Dampfer Friedrichshafen-Romanshorn benutzen, gar traurige Transporte sehen. Das sind zu Weigen aufgeschichtete niedrige Käfige, in denen in fürchterlicher Enge Hunderte von armen verschüchterten Tauben sitzen und sich qualvoll durcheinanderdrängen. Die armen Tierchen kommen aus süddeutschen und sächsischen Taubenzüchtereien und sind für die italienischen und südfrauzösischen Fremdenplätze bestimmt, wo sie dem grausamen Sport des Taubenschießens zum Opfer fallen müssen. Fast täglich kommen den Winter hindurch solche Transporte vor, oft 50 Körbe mit 500 bis 1000 Tauben auf einem einzigen Dampfer von Romanshorn an, um sofort per Bahn weiterbefördert zu werden.

Landwirtschaftliches.

Aus der Landwirtschaftskammer. Um die sachgemäße Anlage von Weiden und dauernden Futterlandereien zu fördern, hat die Landwirtschaftskammer auch dieses Jahr wieder Mittel für Zuschüsse zu den Kosten der Sämereien bereitgestellt. Landwirte, welche auf diese Unterstützung reflektieren, haben sich vor Anlage der Weide oder Weiden an die Landwirtschaftskammer zu wenden. Auf Grund eines Fragebogens erfolgt dann die Aufstellung der zur Ansaat zu verwendenden Sämereien durch die großh. Saatgutanstalt (amtliche Beratungsstelle für Futterbau). Auf Wunsch vermittelt die Landwirtschaftskammer die erforderlichen Sämereien. — Die

Landwirtschaftskammer hat im vorigen Jahre wieder auf 16 Tabaksaatbaustellen, die sich über das ganze Gebiet des badischen Tabakbaues verteilen, Tabaksaamen der in Baden angebauten Sorten: Friedrichstaler, Gaudertheimer, Goundi und Amersforter ziehen lassen. Der Samenbau erfolgte unter strenger Auswahl der einzelnen Städte und unter der Leitung der großh. Saatgutanstalt und der Landwirtschaftskammer. Der Samen wird in kleinen Paketen von je 25 Gramm, welche für eine Ackerfläche bis zu einem Morgen (36 Ar) ausreichen, zum Preise von 50 Pf. durch die Landwirtschaftskammer abgegeben; bei Bezug von mindestens 10 Paketen durch einen Verein zu 40 Pf.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 4. März.

Leser- und Diskussionsklub.

Heute Abend 8 Uhr im Lokal Kaiserstraße 140, 2. St., Vortrag über: „Der Liberalismus und der neue Mittelstand“ mit anschließender Diskussion. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Achtung, Gemeindearbeiter!

Irztümlicherweise sind hier eine Anzahl Klakate mit der Ankündigung einer Gemeindearbeiterversammlung angeschlagen worden. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß diese angekündigte Versammlung nicht hier stattfindet, sondern morgen, Dienstag, Abend halb 9 Uhr in Bruchsal in der „Fortuna“.

Vom Luftschiff „Viktoria Luise“.

Das neue Zeppelin-Luftschiff „Viktoria Luise“, das die auf gestern geplante Fahrt nach Frankfurt des schlechten Wetters wegen nicht ausführen konnte, wird heute Morgen, wie uns kurz vor Redaktionsschluss gemeldet wird, um 9 Uhr zur Fahrt nach Frankfurt aufsteigen. Es wird unter Führung von Dr. Egener mit 20 Passagieren seinen Weg über Basel durch das Rheintal nehmen. Das Wetter ist zwar trübe, doch hat der Wind nachgelassen.

Ein merkwürdiger Straßenbahndirektor.

Die Zählstelle Karlsruhe des Deutschen Transportarbeiterverbandes schreibt uns:

Unter dieser Ueberschrift brachte vor kurzem das Organ der Straßenbahner Deutschlands „Der Straßenbahner“ einen Artikel, welcher sich in der Hauptsache mit dem Straßenbahndirektor Bussbaum und dem Beiratsführer Weidenhöfer beschäftigte. Dieser Artikel gab Veranlassung, daß der Stadtrat in der Sitzung vom 22. Februar dazu Stellung nahm und es wurde schließlich „mit Bedauern von den Ausfährungen im „Straßenbahner“ Kenntnis genommen, die der Stadtrat als die Autorität der Betriebsleitung und die Disziplin des Personals gefährdend, einmütig entschieden mißbilligt“. Weiter wird in dem Bericht über die Stadtratssitzung von „verlethenden Ausfällen gegen den Direktor und einen Aufsichtsbekanntem“ gesprochen und erwähnt, daß in einer Disziplinarangelegenheit ein Stadtratbeschuß unrichtig angeführt sei.

Wir sind erstaunt, daß hier gleich mit Kanonen nach Spahen geschossen wird. Was hat denn eigentlich der „Straßenbahner“ geschrieben, daß er die „einmütige Mißbilligung“ des Stadtrats fand? Zunächst bezüglich des Herrn Weidenhöfer. Es ist im dem Artikel davon die Rede, daß Weidenhöfer dem Straßenbahndirektor schlechte Dienste leistet, wobei wir die Aufstellungsgeschichte im Auge hatten. Weidenhöfer sah vor einiger Zeit in einem Schienengleis einen Hufstollen liegen und um eine Anzahl Anzeigen machen zu können, ließ er das Hindernis, welches unter Umständen zu einem Unglück hätte führen können, ruhig liegen. Hinter einer Plakatsäule versteckt, notierte er 13 Führer, die sämtlich bestraft wurden. Unserer Ansicht nach ist dieses Verhalten unverantwortlich, ein solcher Beamter gestöhre ohne weiteres vom Dienst entfernt, wenn ihm die Lust zu Anzeigen wichtiger ist als wie die Sicherheit des Betriebs. Auf jeden Fall sind wir der Meinung, daß ein solches Verhalten eines Vorgesetzten nicht dazu angetan ist, die Disziplin unter dem Personal zu fördern, wie auch die Autorität der Direktion nicht dabei gewinnt, wenn in bezug auf solche Beamte gesagt wird: „Dieser Mann ist mir recht.“ Auch fördert er keineswegs die Disziplin, wenn der Vorgesetzte Weidenhöfer das Fahrpersonal gegen den Personalauschuß scharf macht, indem er zum Personal sagt, der Auschuß habe den jetzt eingeführten (schlechten) Dienst so gewollt.

Nun zu den Ausführungen gegen den Direktor Bussbaum. Diesem ist zunächst der Vorwurf gemacht, daß er durch Anweisungen das Personal zu einem Streik veranlassen wollte, indem er sagte: „Wenn ihr schneidige Transportarbeiter seid, dann streikt doch!“ Wir können solche Reden absolut nicht als für die Autorität förderlich finden, ist dies beim Stadtrat der Fall, dann müssen wir uns eben verabschieden. Dem Direktor wurde der Vorwurf gemacht, daß er im Vertriebe einen Spießdienst eingerichtet hat, daß er die Aeußerung tat, er habe den Dafferner und den Lochmann vom Wagen heruntergebracht, er bringe noch mehrere herunter, andernfalls ginge er selbst. Weiter wurde gesagt, daß er einem Schaffner vorhielt, er (der Schaffner) habe das Privileg beim Stadtrat, sich drei Mark zu holen, einzig aus dem Grunde, weil dem Schaffner einmal eine zu unrecht von der Direktion verhängte Strafe von drei Mark vom Stadtrat erlassen wurde. Es wird dann in dem Artikel behauptet, daß sich Bussbaum schon mehrfach Mühen und Berichtigungen gefallen lassen mußte, auch daß B. nicht imstande sei, das Personal richtig zu behandeln. Dann wird in dem Artikel noch davon geschrieben, daß Bussbaum gegen einen Schaffner eine Geldstrafe von 25 M. beantragt habe, während es der Stadtrat mit einem Verweis bewendet sein ließ, was für die Direktion eine klatschende Ohrfeige bedeute. Zum Schluß wurde erwähnt, daß sich der Direktor mehrfach dahingehend geäußert hat, er frage nichts nach Zeitungsschreiberei und daran die Schlussfolgerung geknüpft, daß der Direktor wie auch Weidenhöfer nicht am richtigen Platze sind.

Diese Feststellungen haben aber die „einmütige Mißbilligung“ des Stadtrats hervorgerufen. Wäre der Stadtrat so wie wir informiert, dann hätte er sicher seine Mißbilligung nach einer andern Seite hin gerichtet. Unrichtig in dem Artikel des „Straßenbahner“ ist lediglich die Behauptung, daß der eine Schaffner, für welchen 25 M. Strafe beantragt waren, mit einem Verweis davon gekommen sei. In Wirklichkeit wurde eine Strafe von 3 M. festgesetzt. Was jedoch die andern Behauptungen in dem Artikel betrifft, müssen wir diese voll auf-

Seite 2.
Rabatmarken.
Karlsruhe
Papieren,
to-Korrent),
neken,
fekten,
einen,
abogen,
el
nto
bücher an.
Qualität!
Form!
für
Zeit!
Preis
Damen
Korallen,
Stiefel,
Schuhe
50
56.
Schuhe
1.80 an.
Postkarte
Liste, 212
rg. Br.

recht erhalten. Wenn die Direktion imstande ist, das Gegenteil zu beweisen, dann mag sie es tun.

Bei dieser Gelegenheit kommen wir zugleich auf einen weiteren Artikel in Nr. 5 des „Straßenbahner“ zu sprechen. Dort sind einige Fälle zum Kapitel: Nichtrentabilität der Straßenbahn in Karlsruhe, angeführt. Zum Beispiel der Verlauf der Schienen nach Mülhausen i. E., welche hier als unbrauchbar herausgerissen wurden, während in Mülhausen die Dampftram darauf fährt. Dann die abgefügten Eisenmasten in der Duracher Allee und der famose Wagenumbau, welcher gleichfalls einen Haufen altes Material lieferte. Weiter die Weichenverlegung in der Karlstraße, wobei es wieder altes Eisen gab. Zum Schluß aber die „Verschänerung“ der Karlsruher Straßenbahn an eine Gesellschaft. Mit Recht hat die sächsische und bayerische Regierung die Städte davor gewarnt, ihre Elektrizitätswerke und Straßenbahnen dem werdenden Elektrizitätsmarkt nicht auszuliefern. Auch in Baden wäre eine solche Warnung recht angebracht und daß wir vorzeitig von den Plänen über den Verkauf erfahren haben, das verdanken wir gleichfalls dem Herrn Fußbaum. Wenn dieser Herr aber der Meinung Ausdruck gibt, die Bewohner der Oststadt würden die elektrische Kraft lieber von einer Privatgesellschaft als wie vom städtischen Amte nehmen, dann dürfte er sich doch täuschen. Nach all dem Gesagten sind wir nun der Ansicht, daß eine Aenderung eintreten muß, geschieht dies nicht, dann sagen wir, daß die Disziplin und die Autorität, soweit letzteres gegenüber dieser Direktion noch vorhanden ist, unbedingt verschwinden muß.

Die Aufnahmen in die Volksschulen an Ostern. Unsere Leser, besonders die Eltern und Erzieher, machen wir auf die in unserem Blatte am Samstag veröffentlichte Bekanntmachung des Volksschulrektors aufmerksam.

Eine Gedächtnisfeier für Hermann Defers. Die freie Vereinigung Karlsruher Künstler und Kunstfreunde („Deimatliche Kunstpflege“) veranstaltete Donnerstag Abend im Saale des Großh. Konseratoriums eine Gedächtnisfeier zu Ehren des kürzlich verstorbenen Karlsruher Dichters Hermann Defers, zu der sich eine stattliche Gemeinde zusammengefunden hatte. Nachdem der Chor des Konseratoriums die Feier würdig eingeleitet hatte, entwickelte Herr Stadtpfarrer Hefelbacher in großen Zügen ein Lebensbild Hermann Defers. Er gedachte zuerst der Eltern des Dichters (sein Vater war Volksschulmeister), alsdann ging er des weiteren auf Defers' Lebensentwicklung, sowie dessen schriftstellerische Bedeutung ein. Was Defers vor allem reizt, ist die Neigung in des Lebens Geheimnisse einzudringen. Das innerliche Leben war ihm die Hauptfächer. Die eindringliche Feier beendete der Konzertführer Hr. Elisabeth Gummans trefflich gefungene Messiasarie, sowie der Hofkapellmeister Hr. Gebwig Holms Rezitation aus Hermann Defers' Dichtungen, denen sich noch zum Schluß der Konseratoriumschor mit der Wiedergabe von Franz Schuberts Psalm 23 anschloß.

Die Privatbeamtenversicherung zählt heute mit zu den Gesetzen, welche die Öffentlichkeit am meisten beschäftigen. Mit Freuden wird daher jeder Kommentar begrüßt. Insbesondere wenn es sich um leichtfaßliche, kurze Erklärungen handelt, wie sie uns in Gestalt der „Erläuterungen für Angelegte zum praktischen Gebrauch“ von Arthur von Francois, Berlin S.O. 33, Faldensteinstraße 49, vorliegen. In kurzen Zügen zeichnet der Verfasser die neuen Bestimmungen, durch die jedoch jedermann ein völlig klares Bild über die Materie erhält. Die im Selbstverlage des Verfassers zu 30 Pf. erhältlich Broschüre kann allen Interessenten bestens empfohlen werden!

Zuverlässigkeitsflug. In der letzten Sitzung des Karlsruher Luftfahrvereins berichtet der Vorsitzende über den Zuverlässigkeitsflug 1912, welcher voraussichtlich auch Karlsruhe zur Etappenstation haben wird. Die direkten Unkosten, die das Kartell süddeutscher Luftfahrvereine als Veranstalter aufzubringen hat, betragen 143 000 Mk. Einige Städte haben bereits namhafte Summen gezeichnet, so Mannheim 10 000 Mk., Mainz 15 000 Mk., Freiburg 8000 Mk. — Von allgemeinem Interesse ist sodann, daß sich der Karlsruher Luftfahrverein an Prof. Schütte bezw. Dr. Lang mit der Bitte wendet, nach Wiederaufnahme der Fahrten in Rheinau mit dem Luftschiff Schütte in nächster Zeit Karlsruhe einen Besuch abzustatten und auf dem Karlsruher Exerzierplatz zu landen.

Zu Gewerbeverein Karlsruhe e. V. sprach kürzlich Herr Dr. Kurt Liese, Betriebsingenieur am hiesigen Gaswerk, vor recht zahlreicher Zuhörerschaft über Gasglühlichtbeleuchtung und die Behandlung der modernen Gängebrenner. Der Vortragende behandelte in zweifelhafte, gemeinverständlichen Ausführungen die Fabrikation und Zusammensetzung des Gases, die Bedingungen der Verbrennung und die Flammererscheinungen. Nicht interessant waren die Vorführungen der verschiedenen stehenden und hängenden Gasglühlichtbrenner von verschiedener Lichtstärke, desgleichen sonstige praktische Erläuterungen. Aus dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage, an welchen sich am Schluß eine rege Diskussion anschloß, sei hier folgendes erwähnt: Leuchtende Flamme gibt das Petroleum, Acetylen, Benzol, Leuchtgas. Die Gasglühlichtbeleuchtung beruht auf der Entzündung des Gases durch Zuzuführung bestimmter Mengen Luft vor der Brennermündung. Um eine entleuchtete Flamme der Beleuchtung dienlich zu machen, führt man Körper in sie ein, die von ihr zum Glühen oder Leuchten gebracht werden (Auer'scher Glühstrumpf). Man kann die Leuchtkraft erhöhen, wenn man eine oder mehrere der Luftöffnungen verschließt. Jedoch ist dann der Gasverbrauch pro Kerze ein wenig höher. Nur erstklassige Glühstrümpfe sind zu verwenden, keine Ramschware. Der Glühstrumpf muß einen weichen Kopf haben, sonst verbrüht er. Die Gasmenge ist so einzustellen, daß die Flamme nicht über ihn hinaus schlägt. Bei Verwendung langer Zylinder muß die Brennergalerie unten offen sein, sonst riecht der Brenner infolge ungenügender Verbrennung, ähnlich der Petroleumlampe, wenn sie ruht. Bei Kochzylindern muß die Galerie unten geschlossen sein, sonst sinkt die Leuchtkraft. Bei Rissen im Glühkörper werden sie weniger leicht von Stiefelblättern getroffen und zerstört, zu lange Zylinder, Staubkappen und Aufsätze auf den Zylindern sind zu vermeiden, sie können die Mündung des Zylinders mehr oder weniger verschließen, dann riecht der Brenner ebenfalls. Das gleiche gilt von dem „Gobo“ und „Llo“-Brenner, die nur 100 Liter flüchtig brauchen bezw. die Hälfte bei halber Lichtstärke. Die Gängebrenner sind sparsamer als die stehenden und strahlen vornehmlich das Licht nach unten aus. Zudem der Brenner wird durch Wasser in der Leitung hervorgerufen. Der Gasdruck darf nicht unter 30—35 mm sinken, sonst ruhe der Brenner. Ursache kann Verstopfen der Leitung durch Rost sein; hier wie oben hilft Ausblasen der Röhre ab; oder der Gasmesser ist zu klein infolge späteren Mehranschlusses von Kochern und Brennern. Rosten kann auch von Verstopfen der Düse herrühren. Die Gängebrenner tragen vor den Regulierdüsen einen Schmutzfänger, dessen möglichst alljährliche Reinigung durch sachkundige Hand nicht zu vergessen ist. Die Stiefelblättern der Kleinsteller darf weder gegen den Strumpf, noch gegen das Gas gerichtet sein. Man kann auch wie beim elektrischen Licht, von der Düse aus bequem zünden, z. B. durch Luftdruck, Gasdruck oder elektromagnetisch. Letzteren Falles ist Glühdratzzündung besser als Funkenzündung. — Der Versammlungsleiter, Hofblechmeister L. Anselment stattete dem Redner den wohlverdienten Dank des Gewerbevereins Karlsruhe ab.

Brand. Am Samstag Abend 4.24 Uhr entstand in dem Arbeitsraum einer in der westlichen Kaiserstraße wohnenden Zahnärztin dadurch Feuer, daß eine mit Holzwole gefüllte Kartonschachtel Feuer fing, welches sich sofort auch auf die übrigen Kartons übertrug. Noch vor dem Eintreffen der herbeigerufenen Feuerwehr konnte das Feuer durch Hausbewohner durch Aufwerfen von Luchern erstickt werden.

Von Mutterfreuden wurde heute früh 3.58 Uhr am Ausgang des Hauptbahnhofes hier die Ehefrau eines Fabrikarbeiters aus Durlach überrollt, welche mit dem Schnellzuge hierher gekommen war, um Aufnahme im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus zu finden. Mutter und Kind wurden vom Chemann mittelst Drochke nach dem Krankenhaus verbracht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Sorma-Gastspiel. Für das Sorma-Gastspiel in der Festhalle ist schon jetzt das Interesse außerordentlich groß. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die gezeigte Künstlerin nur infolge wichtiger vertraglicher Verpflichtungen an diesem einzigen Abend in ihrer Glanzrolle als Giuditia in „Zwilling's Schwester“ auftreten kann. Die Rollen des Fuldaschen Lustspiels werden von dem Ensemble des Stuttgarter Schauspielhauses dargestellt. Der Vorverkauf hat in der Sorma-Gastspielhandlung Kunst bereits begonnen und wird gebeten, sich möglichst frühzeitig mit Karten zu versehen.

Der Naturheilverein veranstaltet heute Abend im Saale des Reformrestaurants von Kirten, Kaiserstraße 56, einen Vereinsabend, in dem Frau A. Bieber, Hygienikerin aus Mannheim, über „Die Kochkiste im Haushalt“ sprechen wird.

Arbeiterdiskussionsklub. Am Dienstag, 5. März, abends halb 9 Uhr, wird Dr. phil. Gantner über Hollands bedeutendsten Dichter Multatuli im Gemeindehaus der Südstadt einen Vortrag halten. Der Redner hat längere Zeit in Holland gewirkt und ist so ganz besonders in den Geist des holländischen Dichters eingedrungen. Im Anschluß an den Vortrag sollen auch einige Dichtungen von Multatuli vorgelesen werden, sodas also ein genussreicher Abend bevorsteht. Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande 10, für Sonstige 30 Pf.

Das zweite Starbier-Fest im „Kühlen Krug“ am gestrigen Sonntag erfreute sich wiederum eines sehr großen Zuspruchs, welcher wohl zum größten Teil auf das Konto des Herrn Musikmeisters Liese zu setzen ist. Den humoristischen Teil des vorzüglich gewählten Programms hatte abermals „Kaiserr Babenia-Müller“ übernommen, welcher mit seinem „ihm eigenen Schlägern wahre Lachsalben hervorrief. Wenn sich die Direktion des „Kühlen Krug“ vielleicht dazu verstehen würde, in der nächsten Herbstsaison mehrere derartige volkstümliche Konzerte, an denen es in Karlsruhe wirklich fehlt, zu niedriger Eintrittspreise (wenn auch ohne Starbier) zu veranstalten, würde sie sich gewiß den Dank eines großen Teils der Bevölkerung erwerben.

Im Zeichen des Starbiers stand gestern Abend auch das Konzert der Leibgardierkapelle in der Festhalle. Saal und Galerien waren gut besetzt. Die beliebte Kapelle veranstaltete eine echte Münchener Volksmusik, die in Verbindung mit dem vorzüglichen Moningerbräu das Publikum bald in die nötige Stimmung versetzte. Leider wurde allgemein bemerkt, daß Herr Böttge infolge seiner Krankheit noch am Dirigentenpult fehlte. Hoffentlich tritt bald Besserung ein. Das Bierfest verlief in gelungener Weise.

Neues vom Tage.

Von einem Posten erschossen.

Danzig, 2. März. Gestern Abend ist ein dem Arbeiterstand angehöriger Mann, welcher eine verbotene Stelle des Glacis der Festung betrat und dann bei seiner Arretierung den Posten tödlich angriff, ihn zu Fall brachte und so entfielen wollte, von dem Posten durch einen Schuß in den Kopf getötet worden.

(Die Schießerei der Wachtposten ist ein direkter Skandal und drängt zu einer Behandlung im Parlament. Das Benehmen oder „Vergehen“ des Mannes, wenn man es so nennen will, mag unschuldig sein. Aber den Tod hat er damit sicher nicht verdient. D. Red.)

Zur Bergarbeiterbewegung.

Die Lage in Deutschland.

Bochum, 2. März. Die drei Bergarbeiterverbände erlassen heute einen Aufruf an die deutsche Bergarbeiterchaft, in welchem es heißt: Die englischen Bergarbeiter verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keinen Sympathiestreik, dagegen erwarten sie von den Bergleuten Deutschlands, daß sie während der Dauer des englischen Kohlenarbeiterstreiks das Ueberführungsverfahren einstellen. In den für den morgigen Sonntag für das Kohlengebiet in den drei verbundenen Bergarbeiter-Organisationen einberufenen zahlreichen Versammlungen werden die Referenten das nötige über den augenblicklichen Stand unserer Lohnbewegung sagen.

Stettin, 2. März. Der englische Kohlenarbeiterstreik macht sich in Stettin bereits bemerkbar. Seit 8 Tagen stockt die Einfuhr englischer Kohle. Am Donnerstag erfolgte die letzte Ausladung. Augenblicklich liegt die Einfuhr völlig still. Es dürfte in einigen Tagen eine bedeutende Preissteigerung für Kohle erfolgen.

Die Lage in England.

London, 3. März. Die Lage in den verschiedenen Industriezentren hat sich ernstlich verschlimmert. In London ist einer großen Anzahl Dockarbeiter angekündigt worden,

daß sie die Arbeit einstellen müssen. In Greenwich ist gestern zahlreichen Arbeitern gekündigt worden. In Glasgow sind die Kohlenpreise auf 50 Mk. per Tonne gestiegen. 3000 Metallarbeiter sind entlassen worden. In Leeds sind die Spinnereien geschlossen worden. In Middeleborough stellen die Hochöfen den Betrieb ein. In Cardiff werden alle Metallfabriken in 3 bis 4 Tagen den Betrieb einstellen. In Swansea sind 10 000 Arbeiter arbeitslos, in Sheffield wurden 4000 Arbeiter entlassen.

Die „Times“ meldet aus Sheffield, daß 5000 Arbeiter der dortigen Messer-Industrie gezwungen sind, die Arbeit einzustellen. Zu Beginn der nächsten Woche werden 45 000 Arbeiter in dieser Stadt beschäftigungslos sein. Die meisten Eisenbahngesellschaften schränken ihren Dienst ein. Verschiedene Dampfer sind wegen Kohlenmangel im Hafen liegen geblieben, da es an Kohle fehlt, um die Reise fortsetzen zu können.

Der Kohlearbeiterstreik in England.

London, 3. März. Die Stimmung in den Galerien des Unterhauses ist nach der Ankündigung über den Abbruch der Konferenzen eine äußerst pessimistische. Niemand erwartet nunmehr die Beilegung des Streiks in absehbarer Zeit. Tausende von Arbeitern anderer Industrien sind infolge Kohlenmangels bereits arbeitslos geworden und in einer Woche dürfte die Zahl dieser Arbeitslosen auf eine Million angewachsen sein. Die Transport- und Eisenbahnarbeiter haben Versammlungen abgehalten, in denen sie sich bereit erklären, die Ausladung fremder Kohlen zu verweigern, falls die Grubenarbeiter darum ersuchen.

London, 2. März. Die Erzbischofe von York und Canterbury haben in allen Kirchen ihrer Diöcese öffentliche Gebete angeordnet, damit der Grubenarbeiter-Ausstand ein schnelles Ende finde.

Der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes (Stg Bochum) erklärt am 1. März an die Bergarbeiter folgenden Aufruf:

Achtung, Bergarbeiter!

Ueber 800 000 Bergarbeiter streiken in England. Mit einer bewundernswürdigen Einmütigkeit sind sie für die Erringung eines auskömmlichen Minimallohnes in den Ausstand getreten. Dank dieser Einmütigkeit und ihrer mächtigen Organisationen werden unsere englischen Kameraden auch Erfolge erzielen. Kameraden! Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keinen Sympathiestreik. Der englische Bergarbeiterverband ist so gut gerüstet, daß er allein mit Hilfe der anderen englischen Gewerkschaften das gesteckte Ziel erreichen wird. Niemals sei ausdrücklich gegenüber anderslautenden Ausstellungen gesagt: Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keine Hilfe durch einen Sympathiestreik. Dagegen erwarten sie von den Bergarbeitern Deutschlands, daß sie wenigstens während der Dauer des englischen Generalstreiks keine Ueberführungen verfahren. 1906 haben die englischen Bergleute die deutschen Bergleute mit Geld und mit Einschränkung der Arbeitszeit unterstützt. Kameraden, nun beweist eure eheliche bergmännische Gesinnung! Verfehlet keine Ueberführungen, damit den englischen Bergleuten der Lohnkampf nicht besonders erschwert wird. Lebt Solidarität!

In den am Sonntag im Ruhrgebiet stattfindenden zahlreichen Versammlungen werden die Referenten das Nötige über den augenblicklichen Stand unserer Lohnbewegung sagen. Was weiter geschehen soll, darüber wird, sobald die Antworten der Bergarbeiter eingezogen sind, oder wenn der für die Verantwortlichen festgesetzte Termin verstrichen ist, entschieden werden. Der Beschluß wird allen Bergarbeitern sofort bekannt gegeben werden.

Der Gewerbeverein Christlicher Bergarbeiter ist nach wie vor ernstlich bemüht, im Interesse der Arbeiterfreunde und der Scharfmacher die deutsche Bewegung als eine Sympathiebewegung für die Engländer darzustellen. Der Vorstand des Gewerbevereins Christlicher Bergarbeiter erklärt am 1. März eine Erklärung, in der er die Mitglieder warnt, angesichts des in Großbritannien ausgebrochenen Generalstreiks der Bergarbeiter sich in eine Auslandsbewegung hineinziehen zu lassen.

Letzte Nachrichten.

Wahlen zum elsass-lothringischen Landtag.

Metz, 3. März. Am 59. Wahlkreis Saargemünd ist bei der heutigen Ersthauptwahl der Zentrumskandidat Goen mit 3384 Stimmen wiedergewählt worden. Der Kandidat des Saargemünder Blocks, Huber, erhielt 751, der Liberale Weidler 462, der Sozialdemokrat Wischkiwisch 1329 Stimmen. Der Mod- und er liberale Kandidat sind zusammen noch um etwa 500 Stimmen hinter dem Blockkandidaten der ersten Wahl (Greber), der 1740 Stimmen erhalten hatte, zurückgeblieben.

Weihenburg, 3. März. Bei der Nachwahl im Wahlkreis Sulz-Wörth erhielt Alfred Wolf (lib.) 2597, De Riener (unabhängig) 2593, Robstein (Wund der Randw.) 185 Stimmen. Die Wahl des 29. Oktober 1911 mit 2736 Stimmen gegen den Unabhängigen Riener mit einer Mehrheit von nur 12 Stimmen gewählten Liberalen Alfred Wolf war kassiert worden. Bei der heutigen Wahl hat zum erstenmal der Wund der Landwirte einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der es aber trotz einer intensiven Agitation in dem fast ganz bäuerlichen Wahlkreis nur auf eine lächerlich kleine Stimmengahl brachte. Immerhin hat er dem liberalen Kandidaten einige Stimmen abgenommen und ihn damit in die Nachwahl gedrängt.

Strasbourg, 3. März. Bei der heutigen Ersthauptwahl zur zweiten Kammer des Landtages im 12. Wahlkreis (Günningen-Sierenz) erhielten Brom (Zentrum) 2259, Coffé (lib.) 504, Widly (Soz.) 1407 Stimmen. Sonst wurde noch eine Stimme abgegeben. Eine Gemeinde steht noch aus, doch ist Broms Wahl gesichert. Am 13. Wahlkreis (Gabsheim-Landwer) erhielt Broglie (Zentr.) 2612, Müller-Möglin (Soz.) 2001 Stimmen. Onimus (lib.) 898 Stimmen. Zerplittert sind 9 Stimmen. Es findet Nachwahl statt.

Landtagswahl.

Augsburg, 2. März. Bei der gestrigen Landtags-Erstwahl im Landtagswahlkreis Simbach erhielt der alpbayerische Bauernbündler Josef Gaslinger aus Wopping 2200 Stimmen, der Zentrumskandidat Bauer Geraner aus Hofham 1600 Stimmen. Ersterer ist also gewählt.

Wahl Crimborns.

Köln, 2. März. Im Wahlkreise Waldbrühl-Siegburg wurde bei der gestrigen Reichstagswahl, die dadurch veranlaßt wurde, daß der gewählte Zentrumsgewählte zugunsten des durchgefallenen Führers Crimborn zurückgetreten war, Crimborn mit 17 003 Stimmen gewählt. Von den 5 seitens der verschiedenen Parteien aufgestellten Kandidaten brachte es keiner auf hundert Stimmen.

Streik.

Danzig, 2. März. Die Arbeiter der Schichau-Werften in Danzig und Elbing sind heute früh in den Ausstand getreten.

Der Lohnkampf im Schneidergewerbe.

Bodum 1. März. Hier haben 12 Firmen den neuen Tarif der Schneidergewerkschaft anerkannt. Bei 21 dem Arbeitgeberverbande angehörenden Firmen wird nach einem Beschluß der Gehilfenschaft gestreikt. Mit einer Reihe anderer Firmen schweben noch Verhandlungen.

Köln, 2. März. Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe in Köln teilt mit, daß die Ortsgruppen den Schutz der Zentralorganisation anerkennen haben, der ihnen auch zuteil wird. Am Samstag, 9. März, werden sämtliche 156 Ortsgruppen des allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe ihren Betrieb schließen.

Berlin, 2. März. Zwischen dem Vorstande des allgemeinen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und der Arbeitnehmer-Organisation hat ein Schriftwechsel zur Beilegung des in Berlin, Köln, Hamburg und einer Anzahl anderer Städte ausgedehnten Streikes stattgefunden. Dessen Resultat ist, daß am nächsten Donnerstag die Vertreter der Organisationen zu einem Schlichtungsverhandlung in Halle a. S. zusammenzutreten werden. Sollte ein Vergleich nicht zustande kommen, so will der Arbeitgeberverband seine Mitglieder anweisen, am Samstag, 3. März, sämtliche Betriebe zu schließen.

Ausbreitungen der Frauenrechtlerinnen.

London, 2. März. Der gestrige Nachmittag hat die schwersten Ausbreitungen von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts seit dem Anfange dieser Bewegung zu verzeichnen gewesen sind, mit sich gebracht. Große Trupps von Frauen durchzogen Whitehall, Piccadilly, Haymarket, Bondstreet und andere Verkehrsstraßen Westends und zerrümpelten die Fensterscheiben der großen Geschäftshäuser. Einige Frauen brachen bis Downing Street vor und zertrümmerten die Fensterscheiben des Ministeriums sowie des Regierungsgebäudes. Bis jetzt wurden 60 Personen verhaftet. Der Gesamtschaden an zerbrochenen Fensterscheiben wird auf 80 000 Mark geschätzt. Auch die Fenster der Häuser der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd wurden zertrümmert.

London, 2. März. Im Zusammenhang mit den gestrigen Vorfällen hatten sich heute 150 Frauenstimmrechtlerinnen vor dem Polizeigericht zu verantworten. Mehrere der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 2-3 Monaten verurteilt.

Ueber die anderen Fälle ist noch nicht entschieden. Der von den Frauenstimmrechtlerinnen angerichtete Schaden wird auf 5000 Pfund Sterling geschätzt.

Der Aufstand in Peking.

London, 2. März. Nach englischen Depeschen aus Peking beträgt der durch die vorgestrichen Plünderungen und nachfolgenden Brände angerichtete Schaden etwa 60 Millionen Mark. Die meuternden Truppen wurden zum Teil von ihren Offizieren geleitet. Sie brachten ganze Wagenladungen geraubter Waren im Hofe des auswärtigen Amtes zusammen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Konstantinopel, 2. März. Nach einer hier eingegangenen Depesche über die Schlacht von Maragob griffen die Italiener in drei Kolonnen in Stärke von 14 000 Mann die Türken bei Maragob in der Nähe von Soms an. Der Kampf dauerte 24 Stunden. Der rechte türkische Flügel mußte seine Stellungen räumen, der linke jedoch sagte den Feind schräg von hinten und die Reserve schnitt ihm die Rückzugslinie ab. Die Italiener flohen, indem sie etwa 1000 Tote und ebenso viele Verwundete auf dem Schlachtfelde ließen. Die Türken machten eine große Anzahl Gefangene. Die Türken hatten 80 Tote. Diese Meldung und die italienische Siegesmeldung lassen sich insofern in Uebereinstimmung bringen, als die Italiener auf dem rechten Flügel siegten, während sie auf dem anderen eine schwere Niederlage erlitten, die sie jedoch verheimlichen.

Konstantinopel, 2. März. Auf der Post wird berichtet, daß die von Rom aus mitgeteilten Bedingungen, die den Mächten als Grundlage für eine Vermittlung dienen sollen, für die Türkei absolut unannehmbar seien. Man vertritt die Ansicht, daß, wenn man eine der beiden kriegführenden Parteien auf die Notwendigkeit hinweisen wolle, Bedingungen zu stellen, die eine Vermittlung möglich machen, dies Italien sein müsse, das eine fremde Provinz annectieren wolle, ohne diese erobert zu haben.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Bureau: Wilhelmstraße 47, II. Sprechstunden täglich (mit Ausnahme des Sonntags) mittags von 12-1/2 Uhr; am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag auch abends von 5-7 Uhr. Mittwoch abends von 6-8 Uhr im „Schwanen“ in der Ura. F. G. M. Eine Verminderung der Leistungen der Invalidenversicherung tritt im Falle der Invalidität nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nicht ein. Die Aufrechterhaltung der Anwartschaft ist zu empfehlen. Für Weiterverpflichtung genügt zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft die Leistung von 20 Wochenbeiträgen in zwei Jahren.

W. G. Oppenau. Der die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betreffende Teil der Reichsversicherungsordnung ist mit dem 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Die Versicherungsbeiträge betragen in der 1. Lohnklasse 16, in der 2. Lohnklasse 24, in der 3. 32, in der 4. 40 und in der 5. 48 Pf.

R. G. Grömmel. 1. Ja. 2. Durch das Reichserbschaftsteuergesetz vom 3. Juni 1906 ist bestimmt, daß leibliche Eltern, voll und halbblütige Geschwister sowie Abstammlinge ersten Grades von Geschwistern vier vom Hundert an Erbschaftsteuer zu bezahlen haben, in Württemberg wird dazu ein Zuschlag erhoben, der 30 Prozent der Reichserbschaftsteuer nicht übersteigen soll. 3. Ob in Ihrem Falle eine Befreiung in Betracht kommen kann, können wir ohne Kenntnis des Verwandtschaftsgrades nicht prüfen. Allgemein ist befreit ein Erwerb von nicht mehr als 500 M., ferner der Erwerb, der ehelichen Kindern, deren Abstammlingen oder Ehegatten des Erblassers zufällt.

W. F. II., Klingen. 1. Auf dem Parteitag 1908 ist ein Beschluß betr. der Stellungnahme der sozialdem. Partei zur Erbschaftsteuer überhaupt nicht gefaßt worden. 2. Freiherren sind in Baden von der Einkommensteuer nicht befreit, wohl aber die Zivilisten des Großherzogs sowie die Apanagen der Mitglieder des großh. Hauses. 3. Ja, auf Partofellen wird Poll erhoben, und zwar beträgt der Beitragszoll 1 M. pro Doppelgäntner.

Diogenes, Baden-Baden. 1. Zweck Erwerbung der Staatsangehörigkeit in Baden hat ein Preuze beizubringen: Staatsangehörigkeitsausweis und Leumundsgewißnis, wenn er verheiratet ist, auch Trauschein und ev. auch Geburtszeugnisse der Kinder. 2. Zuständig für die Eheschließung ist derjenige Standesbeamte, in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hat; hat nun aber z. B. keiner der Verlobten den Wohnsitz in Karlsruhe, darf die Ehe doch vor dem Standesbeamten in Karlsruhe geschlossen werden, wenn eine schriftliche Ermächtigung dazu von dem zuständigen Standesbeamten ausgestellt wird. 3. Die Kinder eines griechischen Untertanen sind, auch wenn sie in Deutschland geboren sind, keine Deutschen und haben infolge dessen auch nicht im deutschen Heere zu dienen. 4. Der Austritt aus dem betr. Verein entbindet Sie von der eingegangenen Verpflichtung nicht.

Stammisch 100. 1. Die Verjährungsfrist beträgt im mitgeteilten Falle fünf Jahre; 2. ja, Sie können bestraft werden.

F. 8. Der Lehrer kann gegen die Ueberlassung eines Schullokals an einen Verein oder eine Gesellschaft Beschwerde einlegen. Der Erfolg einer solchen dürfte aber wesentlich davon abhängen, ob durch die Ueberlassung eine Störung des Unterrichts eintritt oder nicht.

Wasserstand des Rheins.

4. März. Schutterinsel 1.56 m, gest. 14 cm, St. ehl 2.36 m, gest. 14 cm, Maxau 8.96 m, gest. 12 cm, Mannheim 8.25 m, gest. 10 cm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute Montag Abend halb 9 Uhr im Lokal: Monatsversammlung mit Vortrag von Turgen, Braun, Gausleiter. Bericht v. Bezirkskartag.

Buchhandlung Volksfreund

Soeben erschienen: Eine Wahlkarte des deutschen Reichstags in 5 Farben mit Bildern von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Verzeichnis der Wahlkreise. Die Karte ist außerordentlich farbenprächtig und präzentieren sich die Bilder vorzüglich. Pro Exemplar 40 Pf. Nach auswärts Porto beifügen. Bestellungen nehmen die Filialinhaber und Träger des „Volksfreund“ entgegen. Wir empfehlen den „Wahren Jakob“. Derselbe erscheint alle 14 Tage und kostet pro Nummer 10 Pf. Nach auswärts 5 Pf. Porto beifügen.

Advertisement for Welt-Kinematograph at Kaiserstrasse 133. Includes program details like 'Premieren-Programm vom 2. bis 5. März', 'Familie Lustig im Theater', 'Das Lösegeld der Ehre', 'Der Karneval in Nizza', 'Foto als Portier', 'Das Testament', 'Die Beichte', and 'Das Turnier der gold. Schärpe'.

Lüchtiger Rockschneider außer dem Hause sofort gesucht, 5912 K. Ludwig, Waldstr.

Lieferung von Pflasterkitt. Die Lieferung unseres Bedarfs an Pflasterkitt für 1912 u. 1913 (etwa 600 ton.) soll im öffentl. Wettbewerb vergeben werden. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift spätestens Donnerstag, den 14. März d. J., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Bedingungen und Angebotsabdrucke werden auf Verlangen kostenlos abgegeben. 5886 Karlsruhe, 21. Febr. 1912. Städtisches Tiefbauamt.

Uhrenreparaturen. Anerkannt beste und billigste Reparaturwerkstätte seit zwölf Jahren. Reinigen und reparieren 1.50 M., reinigen, reparieren und neue Feder 2 M., Feder einsetzen und ölen 1.20 M., Glas, Zeiger, Wägelring je 25 Pf. Reparaturen an Wand- und Biederuhren ebenfalls billig und unter Garantie. 4604

Job. Träger, Kaiserstrasse 17, Stb. 2. Et.

Kinderrwagen, fast neu, zu verkaufen. Rankestr. 12, Stb. 3. St. r.

Eleg. Kinderliegwagen, wie neu, 20 M., Promenadewagen, 12 M., zu verkaufen. 5913 Karl Friedrichstr. 19, 1. Et. r.

Large advertisement for Frühjahrs-Ausstellung neuer Modeschöpfungen in Damen-Confection, Putz-, Kleider- und Seidenstoffen. Montag und folgende Tage. Besichtigung höflichst erbeten. Geschwister Knopf. 5910

Advertisement for Carl König, Dentist, Karlsruhe, Kaiserstrasse 124b. Telephone 2451. Services include artificial teeth, dentures, and dental extractions.

Advertisement for Wilh. Müller, shoe dealer. 'Achtung! Neuester billiger Schuhwaren-Berkauf. Ein großer Posten Herren-, Damen- u. Kinderstiefel in allen Lederarten, nur gute Fabrikate zu staunend billigen Preisen. 5590'.

Advertisement for Haut-Bleichereme and Mundgeruch. 'Chloro' bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Erregt erprobtes unbeschädliches Mittel gegen uneheliche Hautfarbe, Sommereruptien, Akne, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. 60 A vom Laboratorium „Chloro“, Dresden 2. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Gegen ablen Mundgeruch. „Chloro-dont“ der nicht alle hässlichen Erreger im Munde und zwischen den Zähnen und hinterst hinterste Zähne blendend weiß, ohne dem Schmelz zu schaden. Gerichtlich erprobt. 3-jähriges Zeugnis für Erwachsene und Kinder, 4-6 Wochen ausreichend. 1. M. Probestube 20 A. In der Internat. Hygiene-Ausstellung Dresden allseits bewundert. Man verlange Prospekt und Gratismuster direkt vom Laboratorium „Chloro“, Dresden 2 oder in den Apotheken, Drogerien, Feiseur- und Parfümeriegeschäften. Depot in Karlsruhe. Carl Roth, Hofdrogerie.

Grosser Massenverkauf

in Haushalt- und Wirtschafts-Waren zu Extra-Preisen.

Montag bis Donnerstag	Waschgarnitur mit modern. blauem Randedekor 2.95	Waschgarnitur aparte Form mit modernem Dekor 3.75	Waschgarnitur mit modernem Golddekor 4.75	Waschgarnitur aparte Form mit Rosendekor 5.75	Waschgarnitur grosse Form mit modernem Dekor 6.75	Solange Vorrat reicht	
1 Posten moderner grosser Blumenkübel Stück 95	Echt Porzellan Fesfon Teller, tief und flach 22.5 Dessertteller, 19 cm 16 Salatieren, viereckig, 5 Grössen 95, 85, 55, 38 Platten, oval, 6 Grössen 1.65, 1.20, 80, 60, 42, 32 Bellagschalen 45 und 32 Ragoutschüsseln mit Deckel, Stück 2.20, 1.65 Platten, rund Stück 1.50, 95 Saucieren Stück 65 Suppenterrinen Stück 1.95, 1.65 Gemüseschüsseln, rund auf Fuss Stück 1.20, 80 bis 38	Echt Porzellan dick Teller, tief und flach 22.5 Dessertteller, 19 cm 15 Salatieren, viereckig, 5 Grössen 58, 42, 28, 22, 17 Salatieren, rund auf Fuss, 5 Grössen 68, 52, 40, 30, 24 Suppenterrine „Löwenkopf“ 1.65, 1.20, 85, 58 Saucieren Stück 85 und 58 Platten, oval, 9 Grössen 1.10, 85, 72 bis 25 Platten, rund Stück 75 und 68 Bellagschalen, oval Stück 35, 25, 16 Tassen, konisch, m. Untertassen Stück 25 Bierglasuntersetzer, St. 13 u. 10	Emaillie-Geschirre Fleischtöpfe 12 14 16 18 20 22 cm 30 40 55 62 75 85 Nudelpfannen 28, 32, 38, 48, 60, 68 Ringtöpfe 16 18 20 22 24 cm 68 85 1.05 1.20 1.35 Milchtöpfe 10 12 14 16 18 cm m. Ausguss 28 38 58 68 80 Teigschüsseln 30 32 34 36 38 40 cm St. 85 95 1.10 1.35 1.50 1.65 Bundformen 20 22 24 26 cm 95 1.35 1.65 1.95 Kasserollen mit Stiel 12 14 16 18 cm Stück 28 35 42 50 Salatselher 24 26 28 cm Stück 85 1.10 1.20	Emaillie-Geschirre Waschbecken 28 30 32 cm m. Seifennapf, oval 72 88 95 Waschbecken 30 32 cm rund, mit Seifennapf 52 62 Schöpf- od. Schaumlöffel 25 u. 20 Milchträger 1 1/2, 2 3 4 Ltr. 85 95 1.25 1.50 Omelettepfannen St. 62 52 45 85 25 Wannen, oval m. Fuss 40 45 50 cm Stück 1.50 1.75 2.15 Schüsseln, rund, weiss 14 16 18 20 22 24 26 28 30 32 cm St. 15 18 20 25 28 32 38 42 48 55 Toiletteimer m. Ventildeckel St. 1.90 Wasserkrüge Stück 1.45 1.20	Auf Bilder und Wand-Spiegel 10% Rabatt	Auf verzinkte Waren 10% als: Wannen, Waschtöpfe, Wassereimer, Kehrreiteimer	Auf Zink-Waren 10% als: Sitz- und Kinderbadewannen Ia. Fabrikat
1 Posten Tafelservice mit mod. Kantendekor in aparten Form für 6 Personen, 23 Teile 9.75	Bürstenwaren Waschbürsten „Fibre“ St. 25 u. 16 Wurzelbürsten Stück 32 Schrubber „Fibre“ 38 u. 25 Schrubber „Wurzel“ 45 Möbelbürsten Cocos Stück 50 Grenelle Stück 95 Teppichbürsten Stück 1.10 u. 58 Handwaschbürsten Stück 22 u. 6 Wichsbürsten, reine Borsten 55, 45, 30 Kleiderbürsten, gute Qual. St. 90 Klosettbürstenhalter m. Bürste 95 Kehrbesen, rein. Borst. 1.75, 1.30, 1.10 Handfeger, reine Borst., Stück 58	Glaswaren Wassergläser Stück 4 Römer, hohe Form. Stück 30 Weinbecher, 1/4 Liter geeicht mit reichem Schliff, Stück 28 Likörbecher Stück 7 Weingläser „Mathilde“, guiloch. Stück 25 Champagner-Kelche Stück 28 Glasschalen, mod. Press. 18 u. 12 Becher m. Goldrand, 1/4 Liter 1-8 Kaiserbecher, 1/2 Krist., 1/4 Lit. 1-16 Seidel, amerik. 1/4, 0.3, 0.4, 0.5 Ltr. 16 19 20 25 Weinflaschen, glatt 1/4, 1/2, 1 Ltr. 12 16 26	Holzwaren Küchenhocker, solid gearbeitet Stück 1.85 Wäschetrockner, zusammenklappbar Stück 78 Nudelbretter Stück 1.95 Nudelrollen „Ahorn“ St. 48 u. 38 Kartoffelstösser „Ahorn“ St. 30 Fleischklopfer „Ahorn“ Stück 28 Schneidebretter, Buche 48, 38, 30, 15 Waschseilhaspeln Stück 30 Gewürzschränke, Buche 1.50, 1.10, 85 Handtuchhalter mit Einlage Stück 48 Fusschemel, Buche St. 88 u. 42 Putzkasten, Buche St. 58 u. 42	Wirtschaftsartikel Fleischmaschine „Entreprise“ # 5 2.50 Spitzmühlchen „Hühnersdorf“ St. 2.35 Kaffeemühlen, Blechkasten St. 85 Wandkaffeemühlen, Ia Werk St. 3.50 Kohlen-Bügeleisen „Helvetia“ St. 2.75 Gaselisen „Helvetia“ St. 1.50, 1.30, 1.15 Griffe zu Gaselisen Stück 68 Küchenwagen, Ia Fabrikat, mit Stellschraube Stück 1.75 Tafelwagen, System Roberval St. 4.75 Tafelwagen, Syst. Béranger, geeicht 3 kg 5 kg Stück 9. 10. Messerputzmaschine, Ia Fabrikat 6.90, 3.25	Auf Bestecke und Löffel 10% Rabatt		
Auf Parkett-bohner 10% Rabatt	1 Posten Weingläser 1/2 Kristall, Formen Mathilde und Hamburg Stück 15	Stehleiter mit Sicherheitsbügel solide gearbeitet 5 6 7 Stufen 2.95 3.75 4.50	Tassen mit Goldrand und Linien mit Untertasse 22	1 Posten Schüsseln 27 cm mit kleinen Fehlern 28	1 Post. Löffelbleche 30 cm breit Stück 90		

:: Kostenlose Zustellung der Waren durch unsere Wagen und Automobile. ::

Geschwister Knopf.

Arbeiterdiskussionsklub.
Dienstag, den 5. März, abends halb 9 Uhr, im Gemeindegarten der Südstadt, Eingang nur Luisenstrasse
Vortragsabend.
Thema: Multatuli, Hollands grösster Dichter.
Redner: Herr Dr. phil. Gauthier. 5914
Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande 10 Pfg., für sonstige 30 Pfg.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Montag, den 11. März, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Saale des „Goldenen Kopfes“, Markgrafenstr. 49.
Lichtbilder-Vortrag
des Verbenarztes Richard Haase aus Walzenhausen (Schweiz) über das Thema:
„Wie man gesunde Nerven erlangt.“
Eintrittskosten à 20 Pfg. pro Person sind bei den Eintrittskarten sowie im Geschäftsbüro erhältlich. Zu zahlreichem Besuch ladet ein.
5840
Die Ortsverwaltung.

Fahrrad mit Freilauf, sehr gut, wird billig verkauft. Jähringerstr. 9.

Berein für naturgemähe Lebens- und Heilweise „Naturheilverein“ (E. V.)
Heute Montag den 4. März, abends halb 9 Uhr, im Reformrestaurant Kirken, Kaiserstrasse 56.
Vortrag
von Frau Amalie Dieber, Hygienikerin aus Mannheim, über:
„Die Kochkiste im Haushalt.“
Für Nichtmitglieder 50 Pf. Eintritt (zugleich Aufnahmegebühr)
Wir bitten um zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

Schneider Nähmaschine (Ringschiff), so gut wie neu, zu ver-
kaufen. Marienstr. 1a, St. 2. St.
Zu verkaufen: 5870
2 Kaninchenkäufe noch neu,
1 vierrädriger Handwagen,
1 Orpington-Hahn 1911, zu
erfragen Durlacherstr. 55 II.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheaufgebote vom 27. Februar: Gustav Schepferle von Lörach-Setten, Schreibegehilfe in Nürnberg, mit Vera Duri von Emmendingen, August Lorenz von Baden, Schriftfeger hier, mit Elise Gremmelmaier von hier, Heinrich Welschfelder von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Emma Dölger von hier, Emil Schenkel von hier, Glendreher hier, mit Emma Kiezer von hier, Gregor Schöder von Lu. a. Rhein, Tagelöhner hier, mit Emilie Wadof von Büdingen, Adolf Kirchenbauer von Söllingen, Maurer hier, mit Katharina geb. Benz geb. Kähler von hier, Jakob Schulz von Welfort, Mechaniker in Freiburg, mit Elise Bettlach von hier, Eugen Döfner von Stuttgart, Küfer hier, mit Rosa

Rühn Witwe von Redargerach, Emil Schmidt von Thiengen, Rechtsanwältin in Radolfzell, mit Gebwig Feis von hier.
Geburten vom 20. bis 28. Februar: Sofie Kollata, Bernh. Glasfetter, Metzger, Ella Johanna, R. Karl Kästling, Bahnarbeiter, Ruben, Vater Samuel Gredmann, Kaufmann, Friedrich, V. Emil Red. Banbeamter, Friedrich Helmut, V. Friedr. Gah, Xylograph, Erta Gertr. Amalie, V. Joh. Seng, Viehwachmeister, Karl Felix Georg, V. Georg Maier, Maschinenmeister, Erta Marie Luise, Vater Adolf Bruder, Musiklehrer, Gertrud Friederike, V. Jakob Weisel, Eisen-Sekretär, Frau Karl, V. Christ. Wiedemer, Bahnarbeiter, Gertrude Anna, August Franz, Kaufmann, Hilba Maria, V. Bonifazius Gabel, Tagelöhner, Verold Heinrich Andreas, Vater Konrad Gabel, Schuhmann, Erta Marie Elisabeth, V. Karl Buchler, Schuhmacher, Franziska Mechtild, V. Michael Schlee, Fuhrmann, Irma Hilgard, V. Adolf Grillner, Schneider, Friedrich, V. Karl Grotzer, Bagger, Roland Heinrich Karl, V. Ottomar Bercker, Hofmusikant, Gerhard Maximilian, V. Josef Kupferstein, Schlossermeister, Wilhelm, V. Wilhelm Schuch, Tagelöhner, Hans Otto Bauer, Erwin Burger, Notarassistent, Hilba, V. Johann Bader, blasi, Tagelöhner, Ludwig Friedrich, V. Rob. Hümmel, Schlichter, Wilhelm, V. Wilhelm Pferrer, Tagelöhner, Frieda Olga, V. Mathäus Weg, Kaufherr, Karl, V. Karl Heinrich Weis, Schreiner, Rita Maria Gertrude, V. Franz Wöschert, Finanzamtassistent, Annemarie Hilfi Julie, V. Wilhelm Wombacher, Rechtsanwältin, Erta Gerda Ruth, V. Adolf Diez, Kaufmann.
Todesfälle vom 26. bis 28. Februar: Adolf Eger, Mann, Witwer, alt 72 Jahre, Lina, alt 2 Monate 4 Tage, V. Mathäus Seifer, Tagelöhner, Katharine Engenhofer, alt 76 Jahre, Witwe des Tagelöhners Johann Baptist Engenhofer, Regine Lemle, alt 23 Jahre, Ehefrau des Bautechnikers Wilhelm Lemle, Christiane Ruf, Ehefrau des Alteragenten Wilhelm Ruf, alt 67 Jahre, Adolf Wilhelm, Mediz. Leig, alt 18 Jahre, Elsa, alt 2 Monate 26 Tage, Vater Karl Friedr. Erfurth, Tagelöhner, Wilhelm Hemberger, Privat, ledig, alt 82 Jahre, Theodor Sand, Geh. Kriegsrat und Militär-Intendant, Ehemann, alt 70 Jahre